

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1. Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postkondition Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Petitzeile 1.85 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile mit Platzvorrückung 1.85 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Petitzeile 6.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Ersteht täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Beendigung des französischen Eisenbahnerstreiks.

Das Ende des Streiks der französischen Eisenbahner.

Der Streik der französischen Eisenbahner ist am Dienstag beendet worden, nachdem die Verhandlungen zwischen der Regierung, den Direktoren und dem Eisenbahnerverband zu einer Einigung geführt haben. Wenn auch nur durch ein beiderseitiges Entgegenkommen die Einigung erzielt werden konnte, so stellt das Ergebnis der Verhandlungen doch einen bedeutungsvollen Erfolg der Streikenden dar. Die Einigung kam auf folgender Grundlage zustande:

1. Achtung des Gewerkschaftsrechtes; 2. Anwendung der Bestimmungen und der Statuten des Eisenbahnerverbandes für die großen Züge in einer durch das Verbandskomitee festzusetzenden Frist. Die noch kritischen Punkte sollen durch eine Schlichtungskommission geregelt werden, deren Entscheidung sich beide Parteien unterwerfen.
 3. Bildung von paritätischen Spezialkommissionen bei den Nebenbahnen für die gleichen Forderungen. (Die Vertreter der Eisenbahnerverbandes erkennen die Zuständigkeit der Direktoren der Hauptbahnen in diesem Punkte nicht an.)
 4. Sofortiges und gebührendes für die gleichen Forderungen. (Die Vertreter des Eisenbahnerverbandes.) (Diese Frage will das Direktorium der Eisenbahnen nur mit der Regierung gemeinsam behandeln.)
- Ueber den fünften Punkt: keine Kollektion von Maßnahmen für Streikfälle, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Entscheidung darüber wurde dem Ministerpräsidenten Millerand überlassen. Dieser bestimmte: Die Streikfälle werden nicht bezahlt. Alle, infolge dieser Bestimmung, die Arbeit nicht ausüben, ausgesprochenen Disziplinarstrafen, werden alle für null und nichtig erklärt. Alle aus andern Gründen verhängten Disziplinarstrafen werden einer Revision unterworfen. Die durch die Direktoren der verschiedenen Eisenbahngesellschaften im Sinne der Verantwortlichkeit vorgenommen werden wird. Sowohl die Vertreter des Eisenbahnerverbandes als auch die Direktoren der Hauptbahnen haben diese Entscheidung des Ministerpräsidenten bedingungslos angenommen.

Darauf hat der Eisenbahnerverband die Anweisung zur Wiederaufnahme geordnet. Im Hinblick scheint nach den einlaufenden neueren Meldungen ein Wiederaufleben des Streiks nicht ausgeschlossen. Die Delegation der Pariser Eisenbahnergewerkschaft findet in einer Mitteilung an die Presse an, den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen, falls die Regierung die Freilassung der verhafteten Genossen verweigern sollte.

Millerand hat über einer Abordnung des Verbandes erklärt, die Angelegenheit sei den Justizbehörden übertragen worden und die Untersuchung werde ihren Lauf nehmen.

Die Kammer nahm nach den Erklärungen Millerands über den Streik der Eisenbahner mit 508 gegen 75 Stimmen eine Tagesordnung an, die die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks billigt.

Das Mord-Regime in Ungarn.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Andreas Szabo, der Dichter der erschütternden Werke "Menschen im Kriege" und "Friedenskriege", soll nach einer dem Berliner Tageblatt aus der Schweiz zugegangenen Mitteilung in Budapest verhaftet und zum Tode verurteilt worden sein.

Die furchtbare Nachricht erscheint dem Berliner Tageblatt vorläufig ungläublich, es gibt sie deshalb nur mit Vorbehalt wieder. Es wäre möglich, daß ein anderer Schriftsteller Szabo, der während der Räterepublik in Ungarn als Publizist hervortrat, jetzt zum Tode verurteilt wurde. Immerhin ist nicht ausgeschlossen, daß der Verurteilte tatsächlich der bekannte Dichter ist. Szabo war im Kriege Offizier der ungarischen Armee, und der weiße Terror in Ungarn hat noch mehr Taten des Wahnsinns auf dem Gewissen.

Die Berliner Blätter enthalten im übrigen eine Reihe von Meldungen über weitere Untaten des weißen Terrors in Ungarn. So wurden die drei Führer der Sozialdemokratie in Kaschau in Budapest ermordet. Zwei Beamte des Budapest-Bezirksrats wurden in die Kasernen geschleppt und dort festgehalten, weil sie sich weigerten, einer Aufforderung der Offiziere gemäß Ausführungsverordnungen nur noch an Obersten zu erteilen.

Einer Deputation, die sich bei dem Chef der amerikanischen Mission über das Verhalten der magyarischen Soldateska in dem durch Friedensvertrag Deutsch-Oesterreich zugesprochenen Westungarn befand, erwiderte der Missionschef, daß eine Enquete-Kommission nach Bereisung jener Gebiete die Beschwerden als unbegründet erklärt habe. Daraus erwiderte die Abordnung, daß die Kommission von den ungarischen Behörden und Offizieren irreführend und in falsche Irreführung geleitet worden sei. Der Missionschef antwortete, daß sich schon andere Abordnungen an ihn gewendet hätten und daß er geeignete Maßnahmen treffen werde.

In der Budapest Nationalversammlung führte der Präsident lebhafteste Beschwerde darüber, daß das Parlamentsgebäude von Soldaten umringt und daß eine Reihe von Abgeordneten, darunter auch dem Finanzminister, der Eintritt verweigert worden sei. Der Sitzung wurde mitgeteilt, daß fünfzehn Offiziere die Erlaubnis erhalten hätten, sich in den Wandelgängen des Parlamentsgebäudes aufzuhalten, aber 100 Offiziere ohne diese Erlaubnis seien erschienen.

Militärherrschaft und Parlament in Ungarn.

Während der Montagssitzung der Nationalversammlung in Budapest war, wie verschiedenen Blättern berichtet wird, das Parlamentsgebäude von Soldaten umringelt. Als sich ein Kabinettsmitglied ausdrücklich legitimierte, bekam es von dem amtierenden Offizier die Antwort, er habe den Befehl erhalten, keinen Menschen, auch nicht den Ministerpräsidenten, in das Haus einzulassen. In der Dienstagssitzung protestierte der Präsident gegen diese schwere Immunitätsverletzung.

Die stillen Zensurverbote.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Laut einer telegraphischen Befehlsung des Reichswehrkommandos in Münster wurde die Düsseldorf-er Unabhängige Volkszeitung vom 2. bis 8. März einschließlich verboten, weil sie durch einen Aufsatz Deutschland im ausländischen Ausland sehr nachteilig habe. (?)

In Danabrad ist unser dortiges neugegründetes Parteiblatt, die Danabrad-er Arbeiterzeitung, auf drei Wochen verboten worden wegen eines Artikels: "Die Bahnbrecher der Reaktion".

In Königsberg hat der General v. Gorkoff, der in Ostpreußen alle Versammlungen und Veranstaltungen unserer Partei verbietet und ihr selbst die Wahllokation bei Gemeindevahlen unmöglich macht, nicht nur unser dortiges Parteiblatt, die Freiheit, verboten, sondern auch einen ihrer Redakteure, den Genossen Pohlens, in "Schubhaft" gesteckt, ebenso den Genossen Schriftsteller und Stadtratsmitgliedern D. u. B. demann. Beide sollen "Anfreisung" verüben haben, obwohl die Staatsanwaltschaft keinerlei Anklage deswegen erhoben hat.

Deutschnationale Prügellahfi.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Ankerburger Volkszeitung vom 27. Februar bringt einen interessanten Bericht über den Verlauf einer deutschnationalen Versammlung. In dieser Versammlung wurden sozialdemokratische Zwischenrufer von einem augenscheinlich zu diesem Zwecke besetzten militärischen Aufgebot mit Keilpeitschen behandelt. Es waren eine große Anzahl von Soldaten, vor allem aber auch von Offizieren in Zivil und Uniform erschienen, die durchgehend mit Keilpeitschen ausgerüstet waren. Der deutschnationale Redner der Versammlung, ein Parteimitglied Dr. Sprang, hat einem Zwischenrufer selbst mit klarem Auge von der Bühne herab, um den Zwischenrufer eigenhändig zu verprügeln.

Militärische Erfolge der Bolschewiki.

Das sibirische Communiqué vom 28. Februar besagt, daß die Bolschewiken auf einer breiten Front östlich von Nischni bis nördlich von Stawropol vorrückten. Bolschewikischen Angriffe auf den unteren Don und die Krimfront wurden verlustreich abgeschlagen.

Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel, daß der halbige Fall von Noworossisk und Sewastopol eintritt wird. Aus Reval wird gemeldet: Nach einem bolschewistischen Putsch ist das Gebiet der ukrainischen Sowjetrepublik von den Weißgardisten und Anhängern Petljuras geräumt worden.

Wiedereroberung Nischni durch die Bolschewiken

Wie der bolschewistische Ozeanbericht vom 24. Februar meldet, haben die Roten Truppen nach zweitägigen heftigen Kämpfen die beiden Städte Nischni und Nachtscherwan wieder besetzt. Gleichzeitig wird die Einnahme von Chiva (Hauptstadt des gleichnamigen Khanats und Basallenstaats von Rußland und Zentralasien) durch die Bolschewiken gemeldet.

Zusammenbruch der antibolschewistischen Nordfront

Der Korrespondent von "Politiken" in Christiania bringt ein Aeußerung des englischen Vizekonsuls General Miller über die Lage an der Nordfront, nach der die Weißen Truppen durch die Niederlage Denikin, Kollschak und Judenitsch machtlos geworden sind.

Bankrott.

III.

Die Krise hat ihren Ausgang genommen von der Staatswirtschaft. Ihre Lösung kann nur darin bestehen, daß die Staatswirtschaft in Ordnung gebracht wird, und zwar so, daß die zu ergreifenden Maßnahmen gleichzeitig den Fortgang der Produktion und die Bedarfsdeckung der Gesamtheit nicht stören. Die einleuchtendste Voraussetzung einer jeden Lösung ist, daß die Störungen der Volkswirtschaft infolge des Krieges, behoben werden, und es erscheint naheliegend, daß der Staat durch direkte Eingriffe in die Produktion und in die Verteilung repariert, was er durch seine Wirtschaft zerstört hat. Das aber würde bedeuten, an den Grundpfeilern des jetzigen Wirtschaftssystems rütteln und die Schranken durchbrechen, die der Kapitalismus der Staatswirtschaft zieht.

Deshalb richtet sich das Streben der Regierung vor allem darauf, durch finanzielle und steuerpolitische Maßnahmen die Krise der Staatswirtschaft zu lösen und gleichzeitig volkswirtschaftlich heilsame Wirkung auszuüben. Das Problem ist für sie: wie können die Preise abgebaut werden, wie kann der Staatsbedarf gedeckt werden?

Vorschläge für die Lösung dieser Probleme sind der Regierung genug gemacht worden. Eine umfangreiche Broschürenliteratur ist entstanden, die sich teils vom Standpunkt eines blutigen Diszernismus aus, teils mit wissenschaftlichen Methoden mit diesen Problemen beschäftigt. Ueber die ernsthaften Vorschläge gibt die erwähnte Denkschrift von W. Brion einen guten Überblick. Alle diese Vorschläge, namentlich soweit sie sich auf die Frage des Preisabbaues und der Stabilisierung der Währung beziehen, lassen sich in zwei Kategorien gliedern. Entweder sie laufen auf den Staatsbankrott hinaus, oder ihre Wirkung ist durchaus problematisch. Die wichtigsten dieser Vorschläge müssen bei der Betrachtung der Frage, ob mit finanziellen und steuerpolitischen Maßnahmen die Währung stabilisiert, die Preise abgebaut werden können, berücksichtigt werden.

Ein Vorschlag, der immer wieder auftaucht, ist der, den Nennwert des umlaufenden Papiergeldes auf die Hälfte oder einen noch geringeren Bruchteil staatlich festzusetzen, sei es nun durch Ausgabe neuer Scheine, sei es durch Abstempelung der Noten, wie dies in Tschecho-Slowakien geschehen ist. Rein theoretisch erscheint diese Maßregel auf den ersten Blick zweckmäßig. Es ist die einfachste Umkehrung des Satzes, daß der Geldwert bestimmt wird durch die zirkulierende Warenmenge und die ihr gegenüberstehende Papiergeldmenge. Verringert man die Inflation, indem man etwa die Hälfte des zirkulierenden Papiergeldes vernichtet, so muß der Geldwert entsprechend steigen, demzufolge müssen die Warenpreise fallen. Die Wirkung jedoch würde katastrophal sein. Mehr noch als bei der Inflation muß bei der Deflation die Frage erhoben werden: was bedeutet dieser Prozeß für die einzelnen Klassen? Wie die Inflation und ihre Wirkung auf die Preise ein Prozeß war, dessen Auswirkungen erst nach und nach sichtbar wurden, so auch die Deflation. Die erste Wirkung würde nicht ein Preissturz sein, sondern eine ungeheure Geldknappheit, die namentlich in den Kreisen auftreten würde, von denen die Massenbedarfsartikel aufgenommen werden. Dadurch aber würde zunächst ein völliges Stoden der Zirkulation eintreten — Unmöglichkeit, die vorhandenen Massenbedarfsartikel abzusetzen, trotzdem der Bedarf weit größer ist als die vorhandene Gütermenge.

Aber gesetzt den Fall, es würde keine Verschiebung in der Kaufkraft der Klassen untereinander während des Prozesses der Preisfestsetzung vor sich gehen, Zirkulationsstörungen würden in erheblichem Maße nicht eintreten — Voraussetzungen, die nicht eintreten werden — was würde sich dann geändert haben? Nur der Wert des Papiergeldes, an Ware gemessen — an den Verhältnissen der Klassen, mangelnde Bedarfsdeckung hier, Luxus dort, gar nichts. Nur die Deckungsfrage würde für den Staat schwieriger werden, was die Zinszahlung und die Amortisation angeht. Daraus geht hervor, daß in Wahrheit das volkswirtschaftliche Problem überhaupt nicht von der Geldseite her zu lösen ist, daß es sich vielmehr um die Bedarfsdeckung der Gesamtheit durch Gebrauchsgüter handelt, die durch Vermehrung oder Verminderung der Umlaufmittel, durch Veränderung von dessen Wert nicht vermehrt oder vermindert werden können.

Die Devaluation der Währung würde mit aller Schärfe die Arbeiterklasse treffen: der Nennwert des in ihren Händen befindlichen Papiergeldes würde plötzlich herabgesetzt, die entsprechende Lohnreduktion würde rasch folgen, die Preise aber würden nur langsam nachgeben. Die bestehenden Klassen, Inhaber materieller Güter, Unternehmer, würden

weiter werden, die Arbeiterklasse aber würde noch ärmer — immer vorausgesetzt, daß nicht Zirkulationsstörungen mit nachfolgendem Stillstand der Produktion eintreten würde.

Im gegenwärtigen Stadium ist die Devaluation eine unmögliche Maßregel. Sie wird selbst für einen kapitalistischen Staat erst diskutabel im Augenblick, wo das Mißverhältnis zwischen Bedarf und vorhandener Warenmenge sich gebessert hat. Danach strebt augenblicklich das Unternehmertum auf Kosten der Arbeiter mit Hilfe vorläufiger Arbeitszeit und Lohnruhr. Immer ist die Arbeiterklasse die Leidtragende. Aber auch dies Streben der Unternehmer findet seine Grenze am Zustand der Staatswirtschaft, worüber bei der Erörterung des Deckungsproblems noch einiges zu sagen sein wird.

Der schonbar so einflussreiche Vorschlag bietet als seinen Ausweg — ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, der Unmöglichkeit, die im Ausland befindlichen Noten zu erfassen, woraus sich die Unmöglichkeit ergibt, auf die Balance zu wirken.

Eine andre Maßregel, die auf dem Gebiet der Anleihepolitik liegt, ist die Zwangsanleihe. Ein bestimmter Bruchteil aller Vermögen soll als Anleihe an den Staat gegeben werden, der diese Anleihe zu ganz niedrigem Zinssatz — 1 Prozent — verzinst. Dadurch wäre es möglich, schwebende Schulden in konsolidierte zu verwandeln, andererseits aber könnte es sehr wohl darauf hinauslaufen, die Kriegsanleihe, die in Zahlung gegeben wird, zu ersetzen durch eine niedriger verzinsten Anleihe. Diese Maßregel würde hauptsächlich empfohlen, um eine große Vermögensabgabe zu verhindern, weniger, um die Inflation zu treffen. Dazu ist diese Maßregel gar nicht in der Lage. Sie würde nur eine Verschlebung der Geldpolitik und Kreditverhältnisse zwischen den einzelnen Privatwirtschaften hervorgerufen. Der einzelne Unternehmer müßte Kredit in Anspruch nehmen, um den Anleihebetrag zahlen zu können, und würde als Sicherheit dafür die Zwangsanleihe hergeben. Die großen Kreditinstitute, die Banken, würden in ihrer Vermittlerrolle zwischen dem privaten Kapitalbesitzer und der Industrie sich befähigen und die alte Machtposition wieder erobert oder gar noch stärken. Die Frage aber, ob dazu nicht ein so großer Bruchteil des Kapitals in nicht liquiderbaren Anleihen angelegt ist, daß eine Fortführung der kapitalistischen Produktion unmöglich wird, ist nach der Vornahme einer solchen Zwangsanleihe brennend.

Weder mit rein finanzpolitischen noch mit anleihepolitischen Maßnahmen läßt sich also das Problem lösen. Es bleiben die Mittel der Steuerpolitik. Daß indirekte Steuern bei ihrer bekannten preisstärkenden Wirkung das ungeeignetste Mittel sind, die Wirkungen der Inflation zu beseitigen, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Die Einziehung von Einkommensteuern hat keine Geldvernichtung zur Folge. Die einkaufenden Beträge werden als Gehälter, Löhne, Renten, Schulzinsen, Bezahlung für Sachbedarf wieder ausgegeben. Dagegen muß heute eine hohe Einkommensteuer auf den Arbeitslohn neue Lohnbewegungen nach sich ziehen, da man zu tief unter das Existenzminimum die Arbeiterschaft nicht drücken kann. Neue Lohnsteigerung bedeutet neue Preissteigerung; diese Vermehrung des Papiergelds — Schraube ohne Ende. Hier aber handelt es sich um Ausnahmen, die der Staat tatsächlich in die Praxis umsetzt. Man muß voraussetzen, daß durch indirekte und Einkommensteuern die Verschlechterung der Währung noch befördert werden wird.

Weißt die Vermögenssteuer, die etwa in der Höhe von 40—50 Milliarden erhoben werden könnte — das soll bekanntlich der Gesamtbeitrag des Reichsnotopfers sein. Unter dem Gesichtspunkt der Vernichtung der Inflation würde eine solche Vermögensabgabe wirkungslos bleiben, wenn sie in Kriegsanleihe oder gegen Aufrechnung schwebender Schulden erstattet wird. Die Aufhebung einer solchen Steuer aber hängt nicht zuletzt von politischen Motiven ab. Der Steuerwille der wieder herrschenden Klassen hat eine Grenze, und er hat sie praktisch erreicht beim Reichsnotopfer. Daher die Verteilung über 30 Jahre, die Möglichkeit, es in Jahresraten vom Einkommen zu zahlen. Damit aber wird unter allen Umständen die deflationistische Wirkung einer Vermögensabgabe illusorisch gemacht. Die Prentische Denkschrift sagt darüber:

Sobald aber die Vermögensabgabe allgemein von allen Steuerpflichtigen in Matrien getätigt werden kann, entfaltet der so wichtige Vorteil der sofortigen allgemeinen Konsumminderung, weil dann das Einkommen zur Deckung der Steuer mit herangezogen wird. Die Vermögensabgabe nimmt endlich den Charakter einer Einkommensteuer an, wenn außerdem die Erträge für die Matrienabgaben sehr weit hinaufgeschoben würden. Das würde nichts anderes bedeuten, als daß auch die Vermögensabgabe wie eine allgemeine Einkommensteuer auf die Preise der erzeugten Güter einwirken würde, nämlich preisstärkend. (S. 22.)

Der Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen die einmalige sofortige Erhebung des Reichsnotopfers trotz der Erkenntnis dieser Folgen hatte seinen guten Grund. In der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums heißt es:

Wenn man weiter die Steuerstränge anziehen wollte, so würde man nicht allein die Existenz zahlreicher Steuerpflichtiger vernichten, sondern auch die Kapitalstabilität verändern und damit die Grundlage zerstören, auf die sich die Volkswirtschaft in ihrem Bestand und Fortschritt gründet.

Eine theoretisch richtige Maßregel war also in der Praxis undurchführbar, weil eine Regierung, die auf dem Boden des Kapitalismus steht, nicht die Lebensbedingungen des Kapitalismus zerstören darf. Vom Standpunkt des Kapitalismus aus ist es richtig: Ueberbesteuerung führt zum Stillstand der Produktion. Da aber ohne diese Ueberbesteuerung die gegenwärtigen Zustände nicht geholt werden können — so treibt das kapitalistische System unter allen Umständen dem Abgrund zu.

Aus der durch die Inflation bewirkten Krise hat die Staatswirtschaft keinen Ausweg. Was theoretisch von vornherein klar war, blödt als Schlussfolgerung: das Mißverhältnis; hier Warenmangel, dort Geldüberfluß, ist zu lösen nur von der Warenaufseite her. Nicht auf dem Gebiet der Finanzpolitik, sondern auf dem Gebiet der Produktionspolitik liegt die Lösung. Hier aber erweist sich wieder der Zustand der Staatswirtschaft als unabsehbare Hinderung, worüber bei der Betrachtung der Deckungsfrage noch etwas zu sagen sein wird.

Wird aber das Problem der Deflation nicht gelöst, geht die Preissteigerung, die Anleihe- und Papiergegeldwirtschaft weiter, so wird auch die Deckungsfrage immer unheilvoller.

Die Versorgung der Hohenzollern.

In der preußischen Landesversammlung wurde am Dienstag über die Vorlage zur Abfindung der Hohenzollern, das Millionenangebot an die Familie Wilhelm des Lehten, beraten. Finanzminister Südekum legte mit resignierter Geste den Entwurf vor, der von seiner Partei schon im Stiche gelassen war. Schon unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Der Reichsstaatsrat Graf v. Helldorf, der seinen Standpunkt, den seine Fraktion in ihrer bekannten Entschiedenheit angenommen hat und bemühte sich, den billigerlichen Koalitionsparteien begreiflich zu machen, daß seine Partei das Millionenangebot nicht vorziehen könne. Die also apostrophierten Demokraten und Liberalen ließen sich indessen nicht bewegen, von der Verteilung des heiligen Eigentums zu weichen. Sie wollten keine Ausnahme, weil sie sich nicht, das Prinzip könne ganz purzeln, wenn es an einer Stelle durchstößt wird. Die Rechte war natürlich entrüstet, daß man den Hohenzollern, deren baldige Rückkehr der deutschnationalen Herge wünschte, auf die Füße tritt. Sie erklärten indes noch weit stärkeren Grund zur Befürchtung, als Genosse Hoffmann in Namen der unabhängigen Partei den Standpunkt unserer Partei darlegte, die völlige Entfremdung fordert, und dabei ein nicht geschmackvolles Bild von den Taten und „Verdiensten“ des Grafen entwarf. Es wurde ihm nachher ausdrücklich von der Rechten attestiert, daß er durch diese Kritik die Bekannten „heiligsten Gefühle“ verletzt habe. Nachdem Herr Südekum sich gegen Hoffmann gewandt hatte, wurde die Vorlage dem Reichsausschuß überwiesen.

Gesetz zur Verfolgung der Kriegsverbrecher.

Der Nationalversammlung ist der Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen zugegangen. Der Artikel 1 lautet das Verfahren und bestimmt im wesentlichen folgendes: Besteht nach der Ueberzeugung des Oberreichsanwalts ein genügender Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage, so hat er die Akten dem ersten Strafamt des Reichsgerichts mit dem Antrag auf Einleitung des Verfahrens vorzulegen. Bescheidet der Senat die Einstellung, so hat er den Beschluß mit Gründen zu versehen, welche die für seine Entscheidung maßgebenden tatsächlichen und rechtlichen Erwägungen erkennen lassen; der Beschluß ist dem Beschuldigten bekanntzugeben. Scharf der Senat den Antrag ab, so hat er die Erhebung der öffentlichen Klage anzuordnen. Die Gewährung von Straffreiheit, die Verhängung der Strafverfolgung und ein stärkeres Verfahren stehen einem Verfahren auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1918 nicht entgegen. Ist der Beschuldigte in dem früheren Verfahren freigesprochen worden, so verordnet der erste Strafsenat auf Antrag des Oberreichsanwalts die Wiederaufnahme des Verfahrens, falls der Beschuldigte hinreichend verdächtig ist. Dasselbe gilt, wenn in dem früheren Verfahren auf eine Strafe erkannt worden ist, die zu der Schwere der Tat im offensibaren Mißverhältnis steht. In das frühere Verfahren durch einen nicht mehr anfechtbaren Beschluß beendet worden, so ist, falls die Verdächtig hinreichend verdächtig ist, die Verfolgung wieder aufzunehmen. Eröffnet dem Oberreichsanwalt eine Wiederaufnahme des Verfahrens oder der Verfolgung nicht absetzen, so hat er die Entscheidung des ersten Strafsenats herbeizuführen. Für das Verfahren ist, auch soweit es beim Inkrafttreten des Gesetzes vom 18. Dezember 1918 bereits anhängig war, das Reichsgericht maßgeblich zuständig.

Der Artikel 2 ermächtigt den Reichsstaatsminister, zur Erledigung der Geschäfte des Zivil-, und Strafsenats: Richter aus den Reihen der Richter an den Oberlandesgerichten, Landgerichten und Amtsgerichten heranzuziehen. In den Untersuchungen selbst dürfen diese Richter nicht mitwirken.

Die neue Auslieferungsliste.

Paris, 2. März. Die Unterkommision, die sich mit der Auslieferungsdfrage beschäftigt hat, trat gestern nachmittags zusammen und stellte eine Liste von vierzig Personen fest, die der deutschen Regierung zur sofortigen Auslieferung vor dem belgischen Gerichtshof übermitteln werden soll. Heute geht diese Liste nach London, um von der englischen Regierung genehmigt zu werden. Man hofft, daß die deutsche Regierung schon am Sonnabend im Besitze dieser Liste sein wird.

England schickt keine Juristen.

Amsterdam, 2. März. Laut Telegramm hat Lord George gestern im Unterhause über das Verfahren gegen die sogenannten Kriegsverbrecher erklärt, die englische Regierung werde keine englischen Juristen nach Deutschland senden, sondern das Verfahren genau verfolgen und, obwohl Deutschland die Möglichkeit gegeben werde, Recht zu schaffen, verweigere die englische Regierung keineswegs auf ihr althergebrachtes Recht.

Eine Einladung an die Kriegsverbrecher.

Der Oberreichsanwalt richtete an die von der Entente wegen verschiedener Verbrechen im Krieg Beschuldigten die Aufforderung, umgeben ihren Anwesenheiten und Wohnorten anzuweisen. Sobald die Antworten einlaufen sind, werden die Beschuldigten Vorladungen vor das Reichsgericht in Belgien erhalten.

Der Oberste Rat und die Wirtschaftsfragen.

Amsterdam, 2. März. Laut Wall Mail Gazette beabsichtigt der Oberste Rat, die Weltvorräte an unerschöpflichen Lebensmitteln und Rohstoffen unter Aufsicht zu nehmen, um eine bilige Verteilung zu sichern.

Paris, 2. März. Ferniax meldet dem Echo de Paris aus London, daß die wirtschaftliche Abteilung des Obersten Rates Vorklässe für die wirtschaftliche Wiederaufbauung Europas aufstellt. Darin wird ausgedrückt, daß möglichst viel gespart werden müsse. Die produktive Arbeit ist so zu steigern, daß sie das Existenzminimum erziele. Es wird erklärt, daß Europa eine einzige wirtschaftliche Einheit darstellen müsse. Die wirtschaftliche Produktion werde überall normal sein oder fast es werden. Es wäre deshalb notwendig, Deutschland und Rußland in Stand zu setzen und an der wirtschaftlichen Erhebung Europas mitzuarbeiten. Ferniax ist mit diesem letzten Punkt nicht ganz einverstanden, denn er meint, Deutschland müsse verhindert werden, die Rolle zu spielen, wie vor dem Krieg, die es ihm ermöglichte, in Europa eine wahrhafte Hegemonie auszuüben.

Das russische Friedensangebot.

Mitteilungen der Londoner Presse ergeben, daß die Reuter-Meldungen über das Friedensangebot der Sowjetregierung mit großer Verklärung weitergegeben wurden. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung hat sich in einer Unterredung mit einem Korrespondenten des Daily Chronicle über die Zahlung der russischen Staatsschulden sehr viel weniger bestimmt geäußert, als die bisher vorliegenden Reuter-Telegramme es darstellten. Er hat lediglich die

Überlegungen der Sowjetregierung von den Prinzipien aus wiederholt, nämlich: Rußland sei bereit, seine Verpflichtungen anzuerkennen, falls seine Gläubiger zu einer Gegenleistung bereit wären, die darin zu bestehen hätte, daß sie ihrerseits Frieden mit Sowjetrußland schließen. Von einer vorbehaltlosen Zahlungsverpflichtung: Womit nicht die Rede sein, solange man jeden Augenblick mit einem neuen Ententeangriff zu rechnen habe. Es müsse daher zunächst eine bindende Abmachung getroffen werden.

Friedensangebot an Rumänien.

Nach einem Bunspruch aus Moskau hat Tschitcherin der rumänischen Regierung ein Friedensangebot gemacht.

Deutschland.

Der Nachfolger Erzbergers?

Berlin, 2. März. (Eigene Drahtmeldung der B. V.) Der Postlichen Zeitung zufolge wird die Berufung des baltischen Finanzministers Dr. Wirth auf den Posten des Reichsfinanzministers als Nachfolger Erzbergers in dachlichen politischen Kreisen als feststehend betrachtet.

Abfindung des Tarifs für den Ruhrbergbau.

Berlin, 2. März. Wie dem Sozialdemokraten aus Essen berichtet wird, ist der erst vor ganz kurzer Zeit abgeschlossene neue Tarifvertrag für den Ruhrkohlenbergbau von den Bergarbeiterverbänden ohne Angabe von Gründen bereits zum ersten möglichen Termin, zu Ende März, wieder gekündigt worden.

Ein Kommunalisierungsgesetz.

Im Kabinett wurde vom Reichsministerium des Innern der Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben vorgelegt.

Polen und die Souveränität Deutschlands über die Abstammungsgebiete.

Das Mitglied der deutschen Delegation für Vertriebsangelegenheiten in Warschau, Rihmann, berichtet über den Standpunkt der Polen zur Frage des Zugangsvertrags von Deutschland nach Ostpreußen folgendes: Ein Durchgangsverkehr vom Ruhrgebiet nach Ostpreußen durch Polen gibt es nicht, denn Polen und Ostpreußen grenzen nicht aneinander, weil der Freistaat Danzig und die Halbinsel Helgoland in der Mitte liegen. Polen erkennt die Souveränität Deutschlands über die Abstammungsgebiete nicht mehr an. — Dagegen wird auf Anordnung des Auswärtigen Amtes in Berlin Protest eingelegt worden. 200 000 Kriegsgefangene sind nach einer Mitteilung der Reichswehrverwaltung für Kriegs- und Zivilgefangene bisher aus den Kriegsgefangenenlagern in Frankreich zurückgeführt. Durch den Ersatz der Eisenbahnen in Frankreich ist der Abtransport bisher nicht behindert worden.

Über Verhaftungen Deutscher durch die Franzosen wird aus dem Saargebiet, dem Rheinland und der Pfalz berichtet. Nach den vorliegenden Meldungen erfolgen die Verhaftungen auf Grund besonderer Anzeigen, in denen die Personen bezeichnet sind, die sich irgendwelcher Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben sollen.

Die Reste der deutschen Marine.

Bei den Stationskommandos der Ostsee und der Nordsee ist je ein Geschwaderverband unter dem Befehl des Kommandanten der Besatzung der Ostsee und der Nordsee, ferner eine Ostsee-Torpedobootsflottille und eine Nordsee-Torpedobootsflottille mit je 2 Torpedobootsgruppen stationiert zu sein. Die Flottenverbände sind die Besatzungsverbände der Ostsee- und Nordsee, die jeweils ein Geschwader selbst ist ein zweiter Admiral beigegeben.

Aufhebung von Zellungsverboten.

Mit dem Volksblatt in Halle sind auch die Werke burger Arbeiterzeitung und der Volksbote in Zeitz wieder freigegeben worden. Es ist anzunehmen, daß zugleich auch die Verbot der Wankelberger Volkszeitung erlosch. Doch liegt darüber eine befriedigende Meldung noch nicht vor.

Die Kohlenlieferungen an Frankreich.

Zu der Meldung, die Franzosen beanspruchten die deutschen Kohlenlieferungen unmittelbar aus den Gruben und die Lieferung aller auf die Halben gebliebenen Kohle, wird von einer Stelle erklärt: Die deutsche Regierung habe der Entente auf ihren Wunsch für die Dauer des Streiks in Rotterdam das Recht zugestanden, Teile der Kohlenlieferungen mit eigenen Kräften in Eilburg-Anhalt abholen zu lassen. Ausdrücklich wurde vereinbart, daß hierdurch kein Präzedenzfall in der Transportfrage geschaffen werden sollte. Grundrücksicht sind die Kohlenlieferungen frei Grenze des empfangenden Landes zu bewerkstelligen. Einen Anspruch auf die die Halben gebliebenen Kohlenmenge erhebt die Entente nicht. Sie will davon nur die Hälfte haben, die in den deutschen Vorlieferungen wegen ihrer Gewalt, mit Kohlenwasser und Streifen, entstanden sind. Die deutsche Regierung hat jedoch eine nachträgliche Zuzug solcher Kohlenfälle von vornherein abgelehnt.

Verhandlungen über die Kohlenlieferungen.

Wie die M. P. A. erzählt, finden anemwärtig zwischen der deutschen Regierung und der Entente Verhandlungen über die Kohlenlieferungen statt. Diese Verhandlungen bewegen eine neue Technik des Ausmaßes und der Art der Kohlenlieferungen von Deutschland an Frankreich. Durch die Ueberlichkeiten hofft man, daß im Monat bis 2 200 000 Zentner mehr geliefert werden können.

Ermäßigung der Tabaksteuer.

Nach den Eilmeldungen von Sachsen und Bremen wurde im Reichsrat eine Verordnung über eine weitere Ermäßigung der Tabaksteuer angenommen. Es soll die für die Dauer der Kriegzeit der Goldtabaksteuer 4 vorgezogene Ermäßigung der Steuerhöhe weiterhin ausgedehnt werden. Die ursprüngliche Steuer rumaß vorzugsweise eine Ermäßigung auch für das Anzeigenerwerb herab zu führen, daß die Steuerhöhe für die obersten vier Klassen um 40 Prozent ermäßigt. Der Aufschlag des Reichsrats hat für das Anzeigenerwerb den vier obersten Klassen die Ermäßigung ausgedehnt und sie auf 50 Prozent erhöht. Um dem Anzeigenerwerb einen Ausgleich zu verschaffen, wurde die Ermäßigung für dieselben von 70 auf 75 Prozent erhöht. Dem Reichsminister Reichert ging die Ermäßigung für die Anzeigenerwerb nicht weit genug, während der Vertreter von Bremen das gleiche Moment für die Anzeigenerwerb forderte. Die Mehrheit des Reichsrates ließ es aber bei den Beschlüssen des Reichsrates bewenden.

Den Anzeigenerwerb, die die für die Anzeigenerwerb vorzuziehen Ermäßigung auch für die Anzeigenerwerb fordern. Dürfte auch die neue Absetzung nicht geblieben. Die kritische Situation in der Anzeigenerwerb wird also durch den neuen Beschluß nicht gebessert.

Kleine Auslandsnachrichten.

Wirtschaftsfragen vor dem Obersten Rat.

In der Freitagszeitung verhandelte der Oberste Rat über die Probleme der hohen Preise und des Wohlstands. Da die Erörterung wahrscheinlich bis zur zweiten Hälfte der nächsten Woche dauern dürfte, wurde beschlossen, daß die Ministerpräsidenten mit ihren

Finanzstellen und wirtschaftlichen Ratgebern die Untersuchung der hohen Preise vorzuziehen, während die Außenminister, Vorkaufstellen und die Sachverständigen die Vorbereitung des italienischen Friedensvertrags fortzuführen.

Syndikalistische Experimente?

Rugano, 2. März. (Z. U.) In Italien haben an verschiedenen Orten die Arbeiter die Fabriken besetzt und in eigene Verwaltung übernommen. Unter den Arbeitnehmern macht sich eine ähnliche Bewegung geltend.

Norwegen hat Vertrauen zu Deutschland.

Der norwegische Ministerpräsident Aukerle Presservertoren gegenüber geltend, eine Besprechung über eine aufzunehmende inländische Industrie u. a. folgendes: Die Hälfte der Staatsbedürfnisse an Weizen sei realisiert worden; über den Verkauf des ganzen Weizens werde verhandelt. Norwegen erhalte für Fisch- und Zelluloseverläufe von Deutschland vorläufig kein Geld, nehme aber davon aus, daß ein so lebendiges Volk wie das deutsche seinen Verpflichtungen nachkommen werde.

Ein Vorstoß der ungarischen Monarchisten.

Im ungarischen Parlament hat der christlich-sozialistische Abgeordnete Kovacs eine Interpellation eingebracht, in der die Frage aufgeworfen wird, ob der ehemalige Kaiser Karl auch jetzt noch der rechtmäßige Herrscher ist.

Das englische Kapital im Balkan.

Kopenhagen, 2. März. Nach einer Meldung der Berliner Zende aus Paris hat ein Konsortium von englischen Banken einen auf 15 Jahre laufenden Kontrakt mit der türkischen, türkisch- und italienischen Regierung über die Ausrichtung der großen Bahnen in diesen Ländern abgeschlossen, um England, Frankreich und Belgien mit Holz zu versorgen.

Ausschlag auf den britischen Gesandten in Finnland
Aus London wird gemeldet, daß ein erfolgloser Anschlag auf den britischen Gesandten in Finnland, Lord Ashton, verübt wurde.

Ausgebung gegen die Brotpreiserhöhung in Marseille.

Marseille, 2. März. (Z. U.) Hier fanden gestern große Ausgehungen gegen die Brotpreiserhöhung statt, an denen viele Tausende von Personen teilnahmen. Ein großer Zug bewegte sich zur Prefektur und unterbreitete dem Prefekten eine Petition von Forderungen, in denen verlangt wird, daß die Erhöhung des Brotpreises erst in drei Monaten in Kraft tritt.

Kriegszustand über Irland.

Wie dem Vorwärts aus Basel gemeldet wird, hat der Vizekönig von Irland, Lord French, den Kriegszustand über ganz Irland verkündet. Zahlreiche Einwohner seien von der englischen Militärpartei verhaftet. In Dublin und Cork sei es zu neuen schweren Ausschreitungen gekommen, wobei die Manifestanten tödlich gegen das englische Militär vorgingen.

Die irische Presse gegen die Bomerule-Bill.

Den englischen Wählern zufolge, lehnt die irische Presse die Bomerule-Bill der englischen Regierung unter bitteren Bemerkungen ab. Ulrich News nennt die Bill eine Beleidigung für Irland, einen Vorstoß zur Verwirklichung Irlands und einen Plan zur Verwirklichung der irischen Nationalität. Freeman's Journal schreibt, die Bill bewirke die Plünderung und Zerstörung Irlands. Irland habe nur eine Ansicht über die Bill, nämlich: Weg damit!

Streit um die deutschen Handelschiffe. Der Pariser Mailer meldet aus London, daß dem französischen Unterrichtsminister für die Handelsmarine in London eine Denkschrift über die Beteiligung der deutschen Handelsmarine überreicht worden sei, die er als nicht befriedigend bezeichnet. Frankreich solle 200 000 Tannen Schiffe bauen, die ihm zur Verwaltung anvertraut seien, zurückgeben. Sie sollten hauptsächlich Griechenland und Japan angeht werden.

Der Prozeß Erzberger — Helfferich.

Die Verhandlung am Montag wurde mit der Erzählung der angeblichen Denunzierung Helfferichs in der belgischen Presse eingeleitet. — Helfferich erklärte: Der Vorwurf der „Belgischen Denunziation“ in meiner Broschüre bezieht sich auf den Vorstoß, den Erzberger in der Deutschen Allgemeinen Zeitung am 20. Juli 1918 gegen mich, bezüglich der belgischen Frage unternahm. Er sagte darin: Unter Helfferichs Ägide wurden die schwerindustriellen Aspirationen auf Belgien organisiert. Dementsprechend wurde in diesem Antriff eine Denunziation an die Entente geleitet. Erzberger hatte das subjektive Bewußtsein, daß er mich in die Gefahr der Auslieferung brachte. Der Beweis dafür ist seine Rede, die er sechs Tage später in der Nationalversammlung gehalten hat. Die Denunziation war der Mittelpunkt der Mebrigkeit der Erwählung. — Erzberger als Zeuge erklärt: Alle Behauptungen des Angeklagten auf diesem Gebiet kann ich unter Eid als falsch bezeichnen. Im übrigen wußten unsere Gegner über die belgische Frage sehr genau Bescheid, denn bei dem unbereiteten Antriff auf Belgien wurden alle Kräfte der belgischen Presse durch die Nachlässigkeit eines Beamten nicht rechtzeitig abhandeltet und seien in die Hände der Belgier. Den Vorwurf der Denunziation wolle ich mit großer Entschiedenheit zurückweisen. Erzberger verliest eine Stelle aus dem holländischen Protokoll der Nationalversammlung vom 30. April 1919, um zu beweisen, daß die Regierung: „Dann können Sie sich nicht beklagen, wenn gewissen Persönlichkeiten das Recht verweigert wird, auf die Auslieferungliste gesetzt zu werden“, nicht eine Beleidigung von ihm, sondern von dem Abgeordneten Mehrer war, die er, Erzberger, in seiner Rede nur zitiert hatte. — Der Zeuge in einer Rede war jedenfalls ganz anders, als der Zeuge in der Frage ihm hier vorliegt. Vorsitzender: In die Denunziation des Namens des Angeklagten in diesem Zusammenhang denken Sie also nicht? — Erzberger: Nein. — Rechtsanwalt V. H. B. v. A.: Auf den Namen Helfferich war doch sechs Tage vorher in der Deutschen Allgemeinen Zeitung zweimal hingewiesen worden. Erzberger: Ich habe. — Helfferich: Das ist richtig. Ich muß diese Behauptung nochmals als gemeine Denunziation bezeichnen. (Der Vorsitzende rief diesen Ausdruck.) — Helfferich behauptet, der holländische Bericht, auf den sich die Anfrage bezieht, sei abgehandelt worden, und sagt: Die belgische Regierung wolle über meine Äußerung anders als Sie. — Erzberger: Das Meinen ist der Fall, von der belgischen Regierung werden Sie als Hauptangeklagter angesehen.

Schleimrat Meier als Zeuge bezeugt u. a.: In meiner Rede, die hier in Frage steht, habe ich den Widerspruch, so wie er mir in den Mund gelegt wird, nicht gemacht. Meines Erachtens muß Herr Erzberger sich bemühen beweisen, daß die belgischen Anträge, die er auf dem Parlament eingebracht, auf Helfferich, General Ludendorff u. a. in seiner Rede vom 28. April richtete, die Entente in einem unzulässigen Verfahren veranlassen könnte. — Dr. Fischer: Haben Sie die Worte des Herrn Erzberger als Drohung angesehen? — Helfferich: Ich habe. Ich weiß nicht, wie eine andere Auffassung möglich ist. Ich habe sie natürlich als Drohung angesehen. — Erzberger: Herr Meier hat nicht nur behauptet, sondern auch behauptet, daß die belgische Regierung nicht gewillt sei, sich der Auffassung anzuschließen. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

nach genau, da ich gegen seine Ansicht zunächst Stellung genommen habe. — Schleimrat v. Gordon: War der Vorstoß vom 2. Juli öffentlich oder war die ganze Aktion nicht einseitig in sich abgeschlossen und vollkommen zukunftsgerichtet? — Helfferich: Ich habe das überhaupt nicht als Vorstoß angesehen. Naturgemäß mußte die Sache in den militärischen Kreisen großes Aufsehen erregen. Erzberger ist ja eine sehr temperamentovolle Persönlichkeit, und was er vorbringt, das macht Eindruck. — Schleimrat v. Gordon: Hatte der Vorstoß irgendwelche Tendenzen, Bestimmungen zu verfolgen, sollte nicht vielmehr durch die Aktion eine verantwortliche Regierungsmehrheit geschaffen werden, ganz gleich für welchen Reichsantrag? — Helfferich: Mir ist niemals der Gedanke gekommen, daß sich der damalige Vorstoß gegen den Reichsantrag von Bethmann Hollweg richtete. — Schleimrat v. Gordon: Erzählen Sie mir um Ihre Meinung darüber, ob Erzberger Spahn schon in den Tagen vor der Einbringung der Antiresolutions mit seinem Gedankensatz nicht recht disponiert gewesen ist? — Helfferich: Ja, das muß ich auch sagen. — Helfferich: Ist es Ihnen, Erzellen, bekannt, daß später in Frankfurt auf den Parteitagen des Zentrum und der Sozialdemokraten der Herr Erzberger zur Sprache kam und innerhalb der Partei darüber die allergrößten Meinungsverschiedenheiten zutage traten? — Helfferich (in großer Erregung): Ueber diese Angelegenheit wurde auf dem betreffenden Parteitag in Frankfurt ein Vertrauensakt beschlossen. Jeder Anwesende mußte sein Ehrenwort geben, nichts darüber zu sagen. Weshalb diese Angelegenheit denn später in die Öffentlichkeit kam, ist mir völlig unverständlich. Ich sehe es für die größte Gemeinheit an, daß das geschehen konnte, und daß diese Dinge hier zur Sprache gebracht worden, und ich vermehre mich entschieden dagegen, daß ich gegen mein damals geäußertes Ehrenwort etwas auszusagen soll. — Helfferich (ebenfalls erregt): Diese Kritik muß ich entschieden zurückweisen. Haben Sie nicht selbst wiederholt in Versammlungen im Rheinland diese Angelegenheit zur Sprache und damit auf die Öffentlichkeit gebracht? — Minister Helfferich: Nein, aber die verteilte Zeitung habe ich nicht gelesen. Was ich damals sprach, kann ich beantworten. Mein Verhalten war die Verteidigung des Antireaktions, die am Anfangenbruch war, noch einmal anzusetzen und auszumitteln. Das mußte geschehen, und in diesem Sinne habe ich über die Friedensresolution gesprochen, wie es meine unbezweifelte Pflicht war. — Helfferich: Dann komme ich also auf die Sitzung der Subkommission zurück. Sie münderten sich, daß die Vertrauenssitzung auf dieser Sitzung nicht abgehalten werden sollte. War Ihnen nicht bekannt, daß die Abgeordneten hätten, und zwar sehr lange? — Helfferich: Gewiß weiß ich das, aber ich weiß nicht, ob die Antireaktionen auf die Meinungen zurückzuführen sind oder auf die namentlichen Vertreter der Mehrheit. — Helfferich: Dann frage ich den Herrn Richter, ob ihm nicht bekannt ist, daß Herr Erzberger selbst die Antireaktionen nicht gemacht hat. — Helfferich: Nein, das weiß ich nicht, und das glaube ich nicht. — Vorsitzender: Ich bitte, daß Sie Ihren Vortrag zu richten. Die Antireaktionen auf die Sache beziehen. — Dr. Fischer: Wir wollen die Beweise erbringen, weshalb unehrenhaftes Verhalten Erzbergers nicht vorliegt. — Erzberger (erregt aufspringend): Ich verbitte mir das. Ich bitte um Pardon.

Der Reichsanwalt Dr. David v. ... Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann. — Dr. Fischer: Meiner Ansicht nach ist Herr Erzberger nicht nur ein Verleumdungsbüchse, sondern auch ein Verleumdungsbüchse, der seine eigene Meinung über die belgische Frage nicht verheimlichen kann.

leidenschaftlich erhoben, wie die ganze Kriegspolitik des Herrn Dr. Helfferich leidenschaftlich war.

Nach einer kurzen Vernehmung des Majors von Siefant wird dann die Beweisaufnahme geschlossen. Am Dienstagvormittag werden die Plädoyers beginnen.

Nationalversammlung.

Berlin, 2. März 1920.

Auf der Tagesordnung stehen Aufträge, Auf Antrag des Abg. Dr. Voelke (Dem.), daß in Braunschweig eine Steuer vom fruchttragenden Obst zu erheben ist, antwortet die Regierung, daß die Sache nachgeprüft wird.

Dem Antrag Abg. Sogane (Sentr.), der Betrag für die Landwirte in den Grenzbezirken fordert, wird weitgehende Berücksichtigung zugesagt.

Auf Antrag des Abg. Steinbock (Soz.) nach dem neuen Amtsausschuss des Reiches erwidert, daß die Vorarbeiten im Gange sind.

Abg. Dr. Gellert (D. Rp.) stellt fest, daß dem Reich beim Wiederaufbau Nordfrankreichs jede Kontrolle der Kosten fehle.

Die Regierung erklärt, daß bei Lieferungen aus Deutschland die nötigen Kontrollmaßnahmen getroffen sind.

Abg. Andron (Dnall.) fordert Mittel für die Landwirte. Die Wünsche sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Auf die Klage des Abg. Gellert (Dnall.) über die Schwierigkeiten, die die Polen dem Bauverkehr nach Ostpreußen bereiten, antwortet die Regierung, daß sie seit Wochen in direkten Verhandlungen zu Warschau bemüht sei, mit Polen zu einer befriedigenden Regelung zu gelangen.

Abg. Gellert (Dnall.) führt Beschwerde, daß die stillen Grenzschuß- und Zollvereinfachungen am 20. Februar mittellose entlassen worden sind.

Es wird erklärt, daß den Volkswirtschaftlichen Organisationen jederzeit der Zutritt in die Reichswehr offenstand; am 24. Dezember 1919 wurde ihnen mitgeteilt, daß die Verbände zum 1. Februar aufgelöst würden. Um Härten zu vermeiden, wurde noch ein weiterer Monat zugewagt.

Darauf wird die zweite Lesung der Reichseinkommensteuer fortgesetzt.

Abg. Gel (Sentr.) beantragt, daß 20 einen neuen Absatz hinzuzufügen, in dem es heißt: Bei außerordentlichen Maßnahmen im öffentlichen Interesse oder infolge höherer Gewalt (Wit, Schnee oder Unwetter, Raupenfraß, Brand usw.) vertritt die Steuer von dem über die regelmäßigen Abgaben hinausgehenden Betrag 10 Prozent.

Abg. Gellert (Sentr.) beantragt den in einem Jahre erlittenen Verlust aus dem steuerpflichtigen Jahreseinkommen des folgenden Jahres auszurechnen.

Abg. Düvel (U. Soz.) beantragt die Streichung der Bestimmungen, daß in gewissen Fällen statt des gesetzlichen Wertes der Abschätzung oder der Festsetzung zu verfahren sei.

Unterstaatssekretär Noelle bittet um Ablehnung der Anträge. Die Anträge werden abgelehnt.

Abg. Gellert (U. Soz.) beantragt die Streichung des § 48 über die Ausübungspflicht der Unternehmer, die eine Ausnahme zu beantragen der Arbeiter sei.

Als letztes im Verhändlungsabstand eine solche Sprache eingebracht wurde, hat der belgische Ministerpräsident Dierck in schärfster Weise dagegen protestiert.

§ 48 wird nach den Stimmen der Unabhängigen und der Sozialdemokraten angenommen.

Der Antrag Dierck (Dnall.) daß 20 Prozent der Steuer im Reichsinteresse zurückgezahlt werden können, wird abgelehnt.

Ein von allen Parteien unterstützter Antrag Dr. Hüder (Dem.) vom § 48 bestimmt, daß die Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer angerechnet wird, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist. Der Antrag wird angenommen.

Die Mehrheitspartei beantragt, den § 44 wie folgt zu fassen: Der Arbeitgeber hat nach näherer Anordnung des Reichsanwalts bei der Ermäßigung 10 Prozent des Arbeitslohnes an Kosten der Arbeitslosen einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuern einzubehalten und zu entrichten.

Abg. Dr. Hüder (Dnall.) beantragt Streichung dieser Bestimmungen.

Abg. Gellert (U. Soz.): Es handelt sich hier um eine Neuerung, die unannehmlich für die Arbeiter ist. Man best ehe ein ganz unbeschäftigter Arbeiter in ihre Arbeitslosigkeit. Der hohe Lohn von 10 Prozent berücksichtigt nicht die Lage der Arbeiter. Dierck hat nachher behauptet, daß der Arbeitgeber nicht beabsichtigt hat, darin wird ihm auch nicht ein Wort Glauben geschenkt. (Lärm: Die part. (Dnall.) beim Arbeiter inlesen auch die Arbeiter eine Rolle. Die Regierung will den Unternehmer zum Steuerexekutor machen.

Abg. Dr. Braun-Franke (Soz.): Die Einwände des Vorredners sind nicht richtig. Der mit dieser noch Steuern hinterziehen, wenn selbst nach seinem Tode seine Hinterlassenschaft befreit werden? Die Arbeiter, die die Steuern einbehalten, sind mit denen der Arbeiter besten. Auch die Arbeiter werden empfinden, daß die hier getroffenen Bestimmungen nur zu ihrem Vorteil sind. Sie brauchen nie mehr einen Verleumdungsbüchse zu fürchten und viele Schreiberel wird ihnen erspart. So mannehem es ist, wir müssen den Arbeitern sagen: Ihr habt auch Pflichten, nicht nur Rechte. Und in den Tropfen, und dem Ihr nehmen wollt, müßt Ihr auch etwas hineingeben. Wir nehmen den § 44 an, aber ohne den Absatz, daß Übernahme der Steuern durch den Arbeitgeber ohne Verrechnung auf den Lohn unzulässig ist und entrichtende Abmachungen nicht zulässig sind. Dieser Absatz ist nicht als ein Zusatz. (Lärm bei den Soz.)

Abg. Düvel (U. Soz.): Was Herr Dr. Braun behauptet, ist alles falsch. Er unterstellt den Arbeitern die Pflicht der Steuerhinterziehung, was er das schon im Ausland getan hat. Wir betrachten die Bestimmung als eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter.

Abg. Gellert (Dnall.): Dieser Steuerabzug vom Lohn wird nur eine neue Lohnverhinderung für die Arbeiter sein.

Nach weiterer Aussprache wird § 44 nach dem Antrag der Mehrheitspartei angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Damit ist die zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes erledigt. Das Haus vertagt sich. — Mittwoch 1 Uhr: Antrag Gellert (U. Soz.) über den Belagerungszustand in Düsseldorf, Kapitulantensteuer, Bundessteuer.

Schluß 5 Uhr.

Bon Rah und Fern.

Gebrandeter Vulkanlampen. Hallgag, 2. März. Der mit 125 Vulkanlampen nach Stovropol unterweg. 2. Märlische Templer Bohemien ist auf einem Felsen, 40 Meilen östlich Samba, angetroffen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Diebner in Leipzig. Verantwortlich für den Ankerdruck: Friedrich Willr. Weidort-Verlag. Druck und Verlag: Leipziger Buchverleger Aktiengesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfasst 10 Seiten.

Bamberger & Hertz
 Leipzig — Augustusplatz
 bieten in Ueberkleidung stets
 eine hervorragende Auswahl in
Ulster, Paletots, Raglans
Schlupfer



Sie ersparen viel!
 in Wachs- u. Reste
 für alle Zwecke. Wappen,
 in Bestellungen, Marktsch.
 in Bohnerwachs, Abreier,
 Buntglaspapier und alle
 einschlägigen Artikel.
Tapeten das
 Beste:
 Breite für jeden erschwinglich.
B. Nestler, Eisenbahnstr. 99
 (L. W. V.) Ecke Elisabethstr.
 vorher 14 Jahre Eisenbahnstr. 90, 4. u. 5.

Raucher dank!
 was gesch., ermögl. in
 einzig. Tag. d. Raucher
 ganz od. teilw. zu unter-
 lassen. Amtl. begutacht.
 Wirk. verblüff. Vollst. unschädl.
 Tägl. Anmerk. Anskft. amsonst.
Institut Engbrecht,
 München 2. 16, Kapuzinerstr. 9.
Haut-, Geschlechts-
 a. Barnold, im. m. v. Schwäbe.
 beh. Dr. med. Derm. nicht approb.
 Mitglied naturwiss. Gesellsch.
 Leipzig, Ausprägungstr. 6,
 Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr

FRÜHJAHR'S-NEUHEITEN



HOLLENKAMP

Schul- Ranzen
Taschen
Mappen } rücken-tragbar
 Nur eigene solide Fabrikate.
 Prima Rindleder. Grösste Auswahl.
 Billigste Preise.
Karl Blaich
 Windmühlenstrasse 32 Tauchaer Strasse 16

Vorstandsmitglied

für großen Konsumverein zu baldigem Antritt gesucht.
 Bewerber müssen mit der Genossenschafts- und Arbeiterbewegung,
 besonders aber mit dem Carlweien, vollständig vertraut und befähigt
 sein, die Genossenschaftsbewegung durch Wort und Schrift zu fördern.
 Ausführliche Bewerbungsschreiben mit Gehaltsansprüchen und
 Bezeichnung der bisherigen Tätigkeit sind bis **10. März** unter
Z. 42 an die Leipziger Volkszeitung zu richten.

Konsumverein für Zwenkau u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Sonntag, 7. März, nachm. 3 Uhr, im Ratskeller zu Zwenkau
Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht über das verfloßene Halbjahr vom 1. Juli
 bis 31. Dezember 1919. 2. Bericht über die geleglich stattgefundene Revision.
 3. Erhöhung der Geschäftsanteile von 50 Mk. auf 100 Mk. 4. Abänderung
 des § 33 Abs. 1 und 2 des Statuts. 5. Wahl von 3 Aufsichtsrats-
 mitgliedern an Stelle der auscheidenden und sofort wieder wählbaren Herren
 Erdmann Pöppel, Albert Kirßen und Hugo Hedrich.
 Zutritt haben nur Mitglieder, welche sich am Saaleingange durch das Mitteilungs-
 buch des Aufsichtsrats
 Hermann Kiebel, Vorsitzender

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig. Bez. Westen I. u. II.
 Freitag, den 5. März, Vorlesung der Vorträge
 des Genossen Plotke in Teubners Restaurant,
 Ecke West- und Frankfurter Straße. Zahlreichen Besuch
 erwarten.
 Die Vertrauensmänner

Alt-Leipzig, Bezirk Zentrum
 Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr, findet im
 Restaurant zum Apfelbaum, Burgstraße 7, unsere
Bezirksversammlung statt. Erscheinen aller ist
 Pflicht. Theaterbillets sind in der Versammlung zu
 haben.
 Der Bezirksvertreter.

Zwenkau. Freitag, den 5. März, abends
 7 Uhr, Mitglieder-Versamm-
 lung im Adler. Vortrag des Genossen Ryssel.
 Lebensmittelsteuerung und neue Steuerarten.
 Vereinsangelegenheiten. Eingeladene Gäste willkommen.
 Der Vorstand.

K. P. D., Ortsgruppe Gross-Leipzig.

Versammlungskalender:
 Bezirk Zentrum und Süden: Jeden Donner-
 tag, abends 7 Uhr
Versammlung im Volkshaus, Seifer Str. 82.
 Bezirk Westen: Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr,
Versammlung im Restaurant
 Gaudrind, Lindenau, Odermannstraße. — Jeden
 Dienstag, abends 7 Uhr **Diskussions-Abend**
 für Frauen im gleichen Lokal.

Bezirk Osten: glieder-Versammlung mit Vor-
 trag und Diskussion im Goldenen Schiffchen, Ecke
 Silbergras- und Büttcherstraße.

Bezirk Südosten: Versammlung im Restaur.
 Stadt Hof, Neudamm, Hoer Straße.

Bezirk Norden: Versammlung im Restaurant
 zum Waisisch, E. Wiedern, Kirchsbergstr. Strassen-
 bahnhof Linke 10, Haltestelle Warburgstraße.

Pflicht unserer Genossen ist es, alle Versammlungen
 regelmäßig zu besuchen. Eingeladene Gäste sind in allen
 Versammlungen willkommen.
 Leitung der Ortsgruppe Groß-Leipzig.

Achtung, Mitglieder
 d. Ortsvereine Markranstädt, Quasitz, Lausen,
 Göhrenz, Kulkwitz und Mittitz!

Donnerstag, den 4. März, 1920, abends 7 1/2 Uhr
Öffentliche Versammlung
 im Thüringer Hof in Markranstädt.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Krug, Leipzig,
 über den gegenwärtigen Stand des Geld-
 wertes (Valuta) in Deutschland. 2. Freie Aussprache.
 Zahlreichen Besuch erwarten.
 Der Vorstand des Ortsvereins Markranstädt
 U. S. P. D.

Vereinigung Ansiedlung Ost.
 Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr
 Westendhallen, Flügwitz (Kaiser-Saal)
Versammlung der Metallbranche. Der Ob-
 mann.

Konsum-Verein Gaußsch u. Umg.

E. G. m. b. H.
 Donnerstag, den 11. März 1920, abends 7 Uhr
Generalversammlung
 im Alten Gasthof zu Gaußsch

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Antrag
 der Gesamt-Verwaltung: Erhöhung der Geschäftsanteile.
 3. Anträge der Mitglieder nach § 85 des Statuts (dies. müssen
 5 Tage vorher schriftlich beim Vorstand eingereicht werden).
Der Aufsichtsrat.
 Joh. Fritzsche P. Winkler

Lichtspielhaus Weltkugel Warzner Str. 77

Von Dienstag, den 2. März, bis Donnerstag,
 den 4. März

Moderne Töchter
 Sittendrama in 5 Akten.

Rekka Red
 Wildwestdrama in 2 Akten.
 Durch Verbesserungen am Apparat doppelt
 klares Bild.
 Anfang 6 Uhr. Ende 10 Uhr.

PARK MEUSDORF
 BESITZER: GEBRÜDER GUTHARDT

Die Messbesucher
 der letzten Frühjahrs- und Herbstmesse
 werden sich gern der schönen Stunden in
 Park Meusdorf
 erinnern. Auch diesmal findet am
 Mittwoch, den 3. März
 von 6 Uhr an

Die große Reunion.
 (ein gediegener Gesellschaftsball)
 unter Leitung des Kapellmeisters
 Bruno Mossner statt.

Voranzelge:
 Sonnabend, 6. März, abds. 6 Uhr:
DER DRITTE MESSBALL
 Das hervorragendste Ballfest.

Straßenbahn-Verbindung 15 (Endstation Probitzfelds)
 Zeitweise Krenserverkehr.

Zentral-Verband
proletarischer Freidenker

Ortsgruppe Groß-Leipzig — Geschäftsstelle: Sebastian-Bach-Straße 32, I. r.
 Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr
 im Alten Gasthof zu Mochau

Fortsetzung
 der großen öffentlichen

Einwohnerversammlung

Tagesordnung: Religion, Schule und Volk.
 Redner: Genosse Kessel.

Zahlreicher Besuch wird erwartet. — Die Geistlichkeit und Schreierchaft ist hierzu extra
 eingeladen.

Voranzelge: Nächsten Montag, den 8. März, abends 7 Uhr, öffentliche Mit-
 glieder-Versammlung, im Restaurant Heinrichsruhe
 (Vereinszimmer), Heinrichsruhe. — Gäste sind stets willkommen.

GRIPPE

das fürchterliche Gespenst der Gegenwart bedroht Jung und Alt.
 Das beste **Vorbeugungsmittel** ist das bekannte

HALOFORM
 D. R. P. a.

(Jod. colloidale 14,0, Croc. mart. 10,0, Natr. chlor. ad. 100,0).
HALOFORM wirkt vorzüglich gegen Schnupfen, Katarrhe, Grippe,
 Jahrelang anwendbar. Einmalige Anschaffung. Jeder kann es
 in der kleinsten Tasche bei sich tragen. Zu beziehen in Apo-
 theken und Drogerien oder durch alleinige Hersteller.

Pharmazeutische Gesellschaft Walter & Co.
 Frankfurt am Main, Kaiserstrasse 33.
 Telegrammadresse: Felwalt.

auf 200 Mk. wurde gut geheißen. Der Vorkauf der Werke über die Verhandlung in Dresden wegen Inanspruchnahme für die auszuführenden Maschinenbauten. Er hob hervor, daß eine neue Verrechnung aufgestellt werden müsse, wenn der jetzigen Baukosten-Raumhof soll an erster Stelle mit vorgemerkt sein, wenn in diesem Jahre Zuschüsse vom Staate gewährt werden. Genosse Mühl führte zu dieser Sache noch aus, daß es sehr dringend sei, der Wohnungsnot zu steuern. Es müßte alles versucht werden, die Weltliche zu bekommen. Ueber die Freigabe der gestauten 400000 Mauersteine kam man dahin überein, daß Herr Mühl innerhalb 5 Tagen die 32000 Mk. nebst 5% Zinsen zurückzahlen hat. Außerdem soll Einkündigung eingehalten werden, wie Mühl die Steine weiter verkauft. Die normale Ausschreibung der Stelle einer Maschinen-schreiberin wurde gutgeheißen. Es soll die Gehaltsliste mit angegeben werden. Bei der Wahl der unbesoldeten Stadträte wurde Genosse Thiemann und für die Bürgerlichen Geometer Veger und Dr. Richter gewählt. Der bürgerliche Stadtrat Dr. Richter hatte in mehreren Sitzungen erklärt, daß er froh wäre, wenn seine Periode abgelaufen wäre und auch schon schriftlich um seine Entlassung nach-gesucht hätte. Bei der jetzigen Wahl aber ließ er sich wieder mit auf die Wahlliste stellen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

In der gestrigen Plenarsitzung wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung der sächsischen Landessteuer in erster Lesung beraten. Das Gesetz bezweckt, den als Reichsbehörde geschaffenen Finanzbehörden auch die Verwaltung der noch verbleibenden Landessteuern, die sie schon seit dem 1. Oktober provisorisch führen, zu überlassen. Die Vorlage ist bereits vor ihrer Beratung und Verabschiedung schon überholt und die Durchführbarkeit einiger ihrer Bestimmungen in Frage gestellt. Sie wurde nach längerer Aussprache dem Haushaltsausschuß überwiesen, der sie einer näheren Durchsicht und Milderung unterwerfen muß.

erner standen auf der Tagesordnung einige Berichte über Petitionen um Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Auf Antrag des Haushaltsausschusses B wurde ein Gesuch um Errichtung einer Glaserfertigungsstelle in Müllitz der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Ein Gesuch um Einsetzung eines vierten Judges auf der Linie Dresden—Töbels—Leipzig wurde der Regierung als Material zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse überhaupt überwiesen. Und schließlich wurde noch ein Gesuch des Stadtgemeinderates in Tharandt der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme überwiesen, daß weitere Erörterungen über die gewünschte Verlängerung der Staatsbahn Dresden—Pain-berg nach Tharandt vorgenommen werden.

Zum Verkauf der Radeberger Feuerwerksfabrik.

In einer Pressekonferenz, die am Donnerstag in Dresden stattfand, berichtete die Regierung über den Verkauf der Radeberger Feuerwerksfabrik, der sich als eine Verschleuderung von Staatsgut darstellt. Nach einem in der rechtssozialistischen Presse wieder-gegebenen Bericht wird zunächst bemerkt, daß die Konferenz den Ein-druck gehabt habe, daß die in der Öffentlichkeit erhobenen Einwände und Beschuldigungen nicht aufrechterhalten werden könnten und daß es, bei Raum-mangel wegen und um spätere Verhandlungen der Regierung nicht zu erschweren, nicht zweckmäßig sei, Einzelheiten mit-teilen. Dann heißt es weiter:

„Zwei Fragen haben in der Presse besonders interessiert. Warum ist die gesamte Anlage der Radeberger Werke, wie sie nicht und liegt für nur anderthalb Millionen Mark an das Konfor-tium verkauft worden? Und warum sind die Werke nicht vom säch-sischen Staat sozialisiert worden?“

Zunächst müssen die Worte, die gesamte Anlage, wie sie nicht und liegt, richtig verstanden werden. In dem Kaufpreis war nicht inbegriffen, was nicht mehr stand und lag, was also an Betriebs-mitteln und Rohstoffen schon anderweit verkauft und verwendet wor-den war. Außerdem führt der Vertrag selber eine große Menge von Betriebsmitteln und alle Rohstoffe besonders auf, die nicht in dem Verkaufspreis von anderthalb Millionen inbegriffen sind, weil sie teils an andere Käufer, teils zwar an die neuen Eigentümer der Radeberger Werke, aber zu besonders vertierbaren Verkaufspreisen abgekauft wurden. Immerhin läßt dies alles noch den Einwand bestehen, daß tatsächlich die unzulänglichen Grundstücke und zuge-reichen und losgestellten Gebäude der Radeberger Werke zu einem Verkaufspreis abgekauft worden sind, der nur einen Bruchteil dessen darstellt, was für viel kleinere Fabrikgrundstücke gezahlt wird.

Die Radeberger Werke waren in ihrer Anlage ganz auf den Betrieb als Feuerwerkslaboratorium zugeschnitten. Sie wurden ha-durch für andere Industriezweige außerordentlich entwertet. Weit-Entfernung der Gebäude voneinander, was losgestellten Transport-er zu bearbeitenden Werkstücke im Gelände der Anlage selber er-fordert, eine höchst ungünstige Geländelage, die fast unerschwingliche Kostenmengen verursacht, wenn sie überhaupt betrieben werden soll, das Fehlen von Kraftmaschinen und die Unsicherheit, ob die erforder-liche Betriebskraft in absehbarer Zeit ausreicht zu beschaffen ist, das sind so einige der wertmindernden Umstände. Der große Un-fang des Geländes erfordert u. a. die Einstellung von so viel Wäch-tern, daß allein deren übliches Gehalt größer ist als die Miete, die für ein ansehnliches Fabrikgrundstück von gleichzeitiger Anlage zu-erträgt wäre. Hinzu kommt eine weitere nicht minder beträch-tliche Wertminderung. Die Käufer mußten nämlich nicht nur an das Reich die anderthalb Millionen bezahlen, sondern zugleich dem säch-sischen Staat gegenüber die in der Presse bereits mitgeteilte Ver-pflichtung übernehmen, auch während der zeitraubenden und kost-spieligen Umstellung der Werke auf den geplanten Friedensbetrieb 300 Arbeiter fortlaufend zu beschäftigen und zu besolden. Diese Ausgabe hat für die sächsischen Feuerwerke, zu denen Radeberg gehört, während des letzten Jahres 58 Millionen Mark betragen, ohne daß irgendeine entsprechende Einnahme dieser auf die Dauer räumlicher Ausgabe gegenüberstehen hätte. Hätte man den Kauf-preis höher angesetzt und hätte einen Käufer gefunden, dem man dann aber die freie Verwertung der Anlage, also ihr Unschicklichkeit hätte zuzurechnen müssen, dann hätte das Reich einen höheren Kauf-preis erzielt, dafür freilich entsprechend höhere Summen an Arbeits-lohnunterstützung aufzubringen gehabt, der sächsischen Arbeiterchaft und der sächsischen Industrie aber wäre ein Trümmerschuttan hinter-lassen, wo jetzt eine Hoffnung besteht, in späteren Jahren wieder eine blühende Industrieanlage zu besitzen.

Der Erlös aus dem Verkauf des Radeberger Laboratoriums besteht also insgesamt aus mehr als 45 Millionen Mark. Für die Roh-stoffe und für einen Teil der Betriebsmittel, anderthalb Millionen Mark für Grundstücke, Bauforderungen und den Rest der Betriebsmittel und in einer weitgehenden, ein erhebliches Risiko einschließenden und der Regierung erhebliche Geldmittel ersparenden Verpflichtung der Käufer gegenüber der sächsischen Regierung.

Und was die Sozialisierung anlangt, so ist der parlamenta-rische Ausschuß bei seinen Besprechungen mit dem Reichsstaats-ministerium und der sächsischen Regierung mit einer Ausnahme zu dem Ergebnis gelangt, daß die Radeberger Werke sich nicht zu Weiterführung als Staatsbetrieb oder sozialisierter Betrieb eignen, weil sie fortgesetzt hohe Zuschüsse erfordern würden. Es könnte in den Werken zwar weitergearbeitet werden, es würde mit dieser Arbeit aber nicht einmal so viel verdient werden, daß auch nur die Betriebsmittel und die Arbeitslöhne davon bezahlt werden könnten. Die Gesamtarbeit der übrigen Staatsbetriebe hätte absummiert mit ihrer eigenen Arbeit Millionen und aber Millionen aufzubringen, um die wirtschaftlich zum Teil fruchtlose Arbeit der in den Werksstätten be-schäftigten zu bezahlen. Da das Reich beratige Löhne nicht auf-bringen wollte und Sanktionen die Mittel dazu nicht besaß, ließ sich das Reich der Werke, das Abwandern der Rohstoffe und das Ar-

beitsloswerden der Arbeiter aber nur vermeiden durch den Verkauf der Werke unter der oben erwähnten Bedingung ihrer Weiterführung.

Somit der Bericht. Der Pressekonferenz muß eine mehr als rührende Bekundung nachgerühmt werden, wenn sie sich durch beratige Beweise überzeugen ließ, daß alles in „schöner Or-dnung“ sei. Das Ganze ist eine schamlose Entschuldigungs- und Rechtfertigung der Regierung. Daß die Gründe nicht stichhaltig sind, beweist schon die von den kapitalkräftigen Käufern geforderte Gemü-tung über den außerordentlich günstigen Kauf. Genauso gut, wie die Privatkapitalisten die Grundstücke gewinnbringend verwerten, hätte das Reich tun können, wenn es dazu den ersten Willen gehabt hätte und mit der Sozialisierung einen praktischen Anfang gemacht hätte.

Aber die plötzliche Zufriedenheit der Pressevertreter, vor allem der bürgerlichen, die ja mit ihren Vorwürfen vorher besonders laut waren, ist im großen verständlich, wenn man sieht, mit welchen Mit-teln die Regierung operierte. Einige bürgerliche Zeitungen mochten trotz des Geschreies der rechtssozialistischen Dresdner Volkshammer über den dadurch begangenen großen Vertrauensbruch darüber einige Ritzelungen. So berichten die S. N.:

Aus den Darstellungen des Arbeitsministers geht hervor, daß der Verkauf der Radeberger Werke durch den durchgehenden Geschäftsstand durchgeföhrt worden ist. Ein Bild jedoch trat auf, das die völlige Revolution der Wirtschaft in ihrem inneren Kern kennzeichnet. Die jammervolle Schandwirtschaft von Spandau und Abterhof taucht in der Erinnerung auf, wo das Millionengut des Staates in einer Weise veran wurde, die jeder Beschreibung spottet. Radeberg kann dies Bild der unflüchtigen Sozialisierungs-maßnahmen vervollständigen helfen. Arbeiter- und Angehörten der rufen nach Ausbruch der Revolution das Regiment auch in den sächsischen Reichsverhältnissen an sich und schalteten jede militärische Aufsicht grundtätig aus. Die neue sächsische Regierung war machtlos, und als sie endlich nach Wochen himmelstreichender Lotteriewirtschaft eine Bilanz aufstellte, da trat ein niederschmetterndes Resultat, hervor. Das Ausgabenkonto wies den Betrag von 35 Millionen Mark an, während auf der Einnahmenseite nur auf 11 Millionen. Diese Monate hatten das zulaufende gebracht, fünf Monate Revolu-tionswirtschaft. Für Miete, Rohstoffe und Abnutzung der Maschinen war nicht ein Pfennig eingeholt worden.

Das Feuerwerkslaboratorium Radeberg hatte ganz besonders unter dieser „Produktionswirtschaft“ nach neuen Grundstücken zu leiden. Zwei Beispiele hierfür: Man fabrizierte nach der Umwälzung u. a. auch Wasserhähne zu 1/2 Zoll, und zwar in solcher Menge, als ob man die ganze Welt mit diesen Gegenständen versorgen wollte. Das fertige Stück wurde mit 1.50 Mk. berechnet, während das Ma-terial allein in rohem Zustande sich auf rund 10 Mk. stellte. Außer-dem wurden von einem Arbeiter in 10000 eckigen Stücke in Antirran neben für den Stückpreis von 88 Mk. zu einer Zeit, da ein Stück aus Kiefernholz schon 75 Mk. kostete. Finanziell wie auch technisch bedeutete die Ausführung solcher Aufträge geradezu ein Verbrechen gegen die Allgemeinheit. Ein triviales Kapitel kleinerer Art umfaßt die Diebstähle und Unterschlagungen in den Werksstätten Radeberg. In Spandau und Abterhof kann es nicht schlimmer gewesen sein. Aus der Besprechung mit dem Regierungsvertreter trat folgendes Bei-spiel besonders markant hervor: Im Januar dieses Jahres war eine Kommissions- und Reichsverwertungsamt in Radeberg, um eine Anzahl wertvoller Elektromotoren für das Reich zu übernehmen. Diese Motoren waren in einem Keller des Hauptgebäudes zur Ueber-gabe bereitgestellt. Als die Kommission erschien, waren 11 Motoren spurlos verschwunden, acht Stück fanden sich später verstreut, zwei entdeckte man bei einem Angestellten in Mülltonnen. Ein andermal sol-len 44000 Meter Zündschnur übernommen werden, und als die Kommission erschien, fehlten rund 6000 Meter, die dann unterhand zu Preisen von 80—100 Mk. für das Meter als Abzugstoff ver-kaufen worden sind. Ein besonders trauriger Fall ereignete sich kürz-lich, als ein Waggon laderecht hand, der 5 1/2 Tonnen Metallma-schinen für einen Dresdner Großhändler abfahren sollte. Durch ein Gespräch zweier Arbeiter mit einem Beamten der Landesverkeihr-polizei darauf aufmerksam gemacht worden, daß wieder eine Schie-bung im Gange sei. Der Waggon wurde ordnungsgemäß mit den 5 1/2 Tonnen Maschinen beladen und sollte eben abfährt werden, als ein Beamter noch einmal den Inhalt nachprüfte: Hierbei fand er 2 1/2 Tonnen Minimum, die von Arbeitern des Wertes im letzten Augenblick in den Waggon eingeschmuggelt waren. Der Wert dieser entdeckten Schiebung beträgt 30000 Mk. Besänftigt wurden die Werkstattdiebstähle und Schleichungen durch den Umstand, daß die Ge-bäude des Laboratoriums wegen der großen Explosionsgefahr weit verstreut untereinander stehen. Zur Aufsicht sind nämlich 11 Wächter in drei Schichten zu je acht Stunden nötig, und jeder Wächter hat ein Einkommen von 1000 Mk. jährlich. Die Bewachung erfordert also allein eine Jahresausgabe von rund 300000 Mk.

Damals hat Herr Reichelt sich also dadurch aus der Patsche geholt, daß er alle Schuld auf die Revolution abwälzte. Selbstverständlich, daß er damit bei den bürgerlichen Journalisten auf volles Ver-ständnis stieß. Daß auch die Arbeiter auf den Köcher anblicken, ist außerordentlich bezeichnend für ihre politische Zwerckslosigkeit.

Herr Dr. Meute-Glückert im Kultusministerium.

Herr Dr. Meute-Glückert von der demokratischen Partei ist als vorragender Mann mit dem Ziel Gehör zu finden in das Kultus-ministerium berufen worden. Die S. N. wissen dazu mitzuteilen, daß Herr Meute auch einen ehrenvollen Auftrag nach außenwärts ge-hobt habe, daß es aber gelungen sei, den verdienten Mann für Sachsen zu erhalten. Die Verdienste des Herrn Meute-Glückert be-stehen in der Hauptsache darin, daß er sich in der Kammer zum Vorsitzenden des zu seinen Mitteln außerordentlich unbedenklichen Leipziger Vorkaufsausschusses machte. In Schulfragen führte er die reaktionären Wünsche der kirchlichen Minder. Seine Berufung ist auch ein Zeichen für den „neuen Geist“ im sächsischen Kultus-ministerium.

Gewerlichenschaftsbewegung.

Ein Schlag gegen unsere Organisation.

Vom Vorstand des Deutschen Eisenbahnerver-bandes wird uns geschrieben:

Seit einigen Wochen werden unaufhörlich Eisenbahn-reparaturen erklärt als geschlossen zu dem Zweck, eine größere Wirtschaftlichkeit herbeizuföhren. Unsere Organisation ist stets für die wirtschaftliche Bestattung des Eisenbahnbetriebs eingetreten, und wenn der gewinnliche Erfolg nicht eingetreten ist, so liegt das wahrlich nicht an den Arbeitern allein. Wir haben und nicht gegen die notwendige Reduzierung des Personalbestandes ausgesprochen, aber die Art und Weise, wie die Entlassungen erfolgen, muß unsern schärfsten Protest auslösen. Es handelt sich ganz offenbar um einen wohlüberlegten Schlag gegen den Bestand unserer Verbände. Funktionäre, die seit Jahrzehnten bei der Eisenbahnverwaltung be-schäftigt worden und stets zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten ar-beiteten, in allen kritischen Momenten Ruhe und Besonnenheit an den Tag legten, werden rücksichtslos auf das Pflaster geworfen. Da muß man denn doch die Frage aufwerfen: Was bezweckt die Ver-waltung eigentlich?

Das Ministerium erklärt uns, es könne davon keine Rede sein, daß einseitig Entlassungen stattfinden, um nur den Deutschen Eisen-bahnerverband zu schädigen. Der Minister selbst hat auf Befragen geantwortet, daß er ohne Ansehen der Person, der Partei- und Gewerlichenschaftsrichtung nur die überzähligen Leute aus den Werks-stätten entfernen wolle, ebenso auch solche, die ihre Arbeit vernach-lässigen, oder ihre Mitarbeiter an der Arbeit gehindert haben. Wenn Wirgeisse vorzuziehen, sagte der Minister, so ist dies die Schuld nachordneter Stellen. Demgegenüber müssen wir aber doch klipp und klar folgendes feststellen: Die Schließung der Werks-stätten erfolgt nach Anträgen der Direktionen durch das Mini-sterium. Ist dann die Schließung der Werksstätten erfolgt, dann bleibt es den einzelnen Werksstätten überlassen, was

los Leute auf die Straße zu setzen, ganz wie es einzelnen Vor-gelesenen paßt. Der schrankenlosen Willkür ist damit Tür und Tor geöffnet. Kann jemals wurde von Privatunternehmern so rigoros verfahren, wie es hier von der Eisenbahnverwaltung ge-schieht. Es ist von uns wiederholt ausgesprochen worden, daß sich diese Aktion lediglich gegen den Deutschen Eisenbahnerverband richtet. Dabei mag eine ganz bestimmte Mischel anzuwende flenen. Das Betriebsrätegesetz ist bekanntlich jetzt in Kraft getreten. Die Wahlvorschriften sind ergangen. Fast konnten wir auf den Ge-banken: die Verwaltung greift deshalb zu dem Mittel der Entlassung unserer Funktionäre, um bei den bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsräten zu verhindern, daß tüchtige Kräfte die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Sollte diese unsere Vermutung richtig sein, so wäre kein Wort hart genug, um ein solches Verhalten zu brand-marken.

Wie verkehrt übrigens auch die Maßnahmen der Verwaltung nach einer andern Richtung hin sind, zeigt der Umstand, daß bei der Schließung der Werksstätten die Arbeiter für 14 Tage entlassen wer-den und für diese Zeit den Lohn erhalten. Das nennt man dann größere Wirtschaftlichkeit, wenn dem Staate hohe Kosten aufgelegt werden, ohne daß auf der andern Seite entsprechende Werte für die Volksgesamtheit geschaffen werden.

Gegenüber diesem ganzen Treiben erwacht der Organisation die Verpflichtung, mit den härtesten Mitteln den Abwehrkampf aufzu-zunehmen. Der Kollege Bruner, der bisher Beirat im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten war, hat daraus in voller Uebereinstimmung mit dem Verbandsvorstand seine Konsequenzen gezogen und seinen Austritt angekündigt. Weiter ist beschlossene worden, in den Parlamenten diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung wird sich schon in den nächsten Tagen damit be-schäftigen. Für die Deutsche Nationalversammlung wird sich dazu die Gelegenheit bieten, wenn die Erziehung des letzten Reichs-verkehrsministers durch den bisherigen preussischen Minister Defer zur Sprache kommt. Wir wissen nicht, ob der letztere etwa gerade da-durch, daß er jetzt den harten Mann markiert, der Reichsregierung gehen will, daß er der geeignete Nachfolger für den bisherigen Minister Weill ist. Wir sind jedenfalls der Meinung, daß er dann ein untaugliches Mittel gewählt hat, denn in einer demokratischen Republik, wie sie Deutschland gegenwärtig bildet, ist es die Pflicht eines parlamentarischen Ministers, mit seinen von den Mehrheits-parteien, die die Regierung bilden, eingehenden Beiträgen über wic-tige Maßnahmen zu beraten. Dieses zu betonen, wird Aufgabe unserer Parlamentarier sein.

Zum Schluß betonen wir noch: Die wiederholt abgegebene Erklärung des Ministers, daß er nicht gegen die Gewerlichchaften ist und mit ihnen zusammenarbeiten will, steht im Widerspruch mit seinen Handlungen. Mit rücksichtsloser Entschlossenheit werden wir deshalb die Interessen unserer Kollegen wahren. Müssen Funktionäre der Arbeiterbewegung auf dem Pflaster bleiben, die als Familien-väter arbeitslos werden, nur weil sie ihre Pflicht seit vielen Jahren in treuester Weise erfüllt haben, so werden wir ebenso rücksichtslos gegen die Urheber dieser Maßregelungen vorgehen. Das eine sei betont, und die Erfahrung hat das bisher gelehrt: K u s a h m e -e -e -e gegen eine bestimmte Gruppe oder Klasse im Staate haben noch niemals ihren Zweck erreicht. Die davon Betroffenen sind stets geblieben aus den Kämpfen hervorgegangen. Das wird auch hier der Fall sein. Früher oder später wird sich zeigen, daß der Deutsche Eisenbahnerverband in unachabbarer Stärke die Interessenvertretung der deutschen Eisenbahner ist.

Die Courage des Vorstandes vom Eisenbahnerverband kommt etwas reichlich spät. Die wir im gestrigen Beiratsartikel gesagt haben, trifft die Verbandsleitung und besonders den jetzt als Beirat im Ministerium tätigen Verbandsvorsitzenden Bruner an der Entwicklung der Dinge ein vollgültiges Maß von Schuld. Die harten Töne, die der Vorstand findet, nachdem die Karte im Straßengraben liegt, und „ebenso der „Wille zur Tat“ hätten sich etwas früher einstellen sollen. Dann hätte der Hochmut der Herren Bureaukraten nicht ins Recht stehen können.

Bemerkenswert ist noch eine Äußerung der Leipziger Frei-Pressen zu diesen Vorgängen. Das Blatt meint:

Wir halten es für möglich, daß Maßgriffe der nach-geordneten Stellen vorkommen. Wir sind aber auch überzeugt, daß die Regierung in allen solchen Fällen einschreiten wird und muß. Die Vermutung, daß es sich um einen Kampf gegen die Organisation handle, ist zurückzuweisen. Notwendig ist es, die die Hand an die Gurgel des Staates legen wollen, sollen allerdings in Staatsbetrieben keinen Platz haben. Daran ist un-dringt festzuhalten.“

Das Blatt meint doch von allen guten Geistern verlassen zu sein. Nachdem selbst rechtssozialistische Blätter festgestellt haben, daß auch eine Anzahl rechtssozialistischer organisierter Eisenbahner, Gewerlich-schafts- und Parteifunktionäre, gemüßregelt worden sind, spricht es ungeniert und ununter von „notorischen Hebern“, die in Staatsbetrieben keinen Platz haben dürfen. Wie das wohl die rechtssozialist-ischen „notorischen Heber“ aufnehmen werden?

Eine weitere Schließung und Maßregelung.

Wie anderwärts, so hatte die Regierung auch in Osleben (Kreis Solingen) die Eisenbahnwerkstätte geschlossen und 6000 Ar-beiter auf die Straße gesetzt. Am 27. Februar soll der Betrieb wie-der eröffnet werden. Ähnliche Funktionäre unserer Partei im un-teren Kreise Solingen, die in der Eisenbahnwerkstätte arbeiteten, sind nicht wieder angenommen worden. Die in Frage kommenden Funktionäre sind gleichzeitig Vertrauensleute des Deutschen Eisen-bahnerverbandes.

Wie der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes auch gegen diese Maßregelungen seine Kraft einsetzt?

Streik der Leipziger Konditionen.

Die Konditionen der Arbeit in allen Betrieben in einseitigen. Ende Januar stellen sie durch ihre Organisation an die Forderung einer wachsenden Feuerungsanlage von 30 bis 40 Mk. Daraufhin kündigte die Konditionenvereinigung den Tarif und um-breitete gleichzeitig einen neuen Tarif mit 2 rickenden Ver-sicherungen für die Gehilfen. In mehreren Verhandlungen wurde man sich einig bis auf die Verlängerungsfrage, an der die Verhandlungen scheiterten.

Die Gehilfenchaft befindet sich in einem Abwehrstreik. Zentralverband der Bäcker, Konditionen und verw. Berufe (Bezirk Leipzig).

Tiefenarbeiter! Die Streitsache über die Nachzahlung vom 16. Januar bis zum 30. Januar 1920 ist vor der ersten Instanz nicht entfallen; wir müssen die Entscheidung der nächsten Instanz abwarten. Deutscher Bauarbeiterverband, Leipzig.

Wahrung, Bauarbeiter! Die Firma Wabstorf in Diebert-wollmühl, Arbeitstätte Grotzschka, ist wegen unzulässiger Entlassungen für organisierte Bauarbeiter gesperrt.

Aus den Leipziger Gewerlichchaften. Dem Monatsbeitrag von 25 Pf. an das Kartell für die Betriebsratsausgaben haben weiter zugestimmt die Bauarbeiter, Buchbinder, Kupfer-schmiede, Fabrikarbeiter, Glaser, Maler, Porzellanarbeiter.

Der Generalstreik in Italien ist nach einer Meldung aus Mail-land beendet. Die Arbeit ist über-all ausgenommen worden.

Der Jahrmakr des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

Wenn er nur etwas ein Verstand hätte, dachte sie bei sich, so würde ich etwas aus ihm machen; sie ließ ihn aber nie gewahr werden, wie sie von ihm dachte, hörte mit unermüdlicher Aufmerksamkeit seinen Geschichten vom Disfektische und Zalle zu, belachte alle seine Witz, nahm den größten Teil an Zall Spatterdash, dessen Kadriolepferd gekürzt war, und Bob Martingale, der sich in einem Spielhause hatte ertrännen lassen, und Tom Gingsbars, der bei dem Steyerle Gasse reiten wollte. Wann er nach Hause kam, war sie aufmerksam und munter; und wollte er ausgehen, so bekränzte sie ihn in seinem Entschlusse; blieb er zu Hause, so spielte und sang sie ihm vor, bereitete ihm gute Getränke, beaufsichtigte die Verteilung des Mittagessens, wärmte seine Hauschuhe, und hüllte seine Seele in Bequemlichkeiten ein. Die besten Frauen — habe ich meine Großmutter sagen hören — sind Heiratsfrauen, wir wissen nicht, wie viel sie vor und verborgen, wenn sie am einschlafen und zutraulichsten schlafen; wie oft das freimütige Geklein, welches sie so leicht annehmen, eine Falle ist, um zu kassieren, oder zu entwässern, oder auszuweichen — ich meine damit nicht die bloßen Kassetten, sondern die häuslichen Muster und Modelle der weiblichen Jugend. Wer hat nicht schon gesehen, wie eine Frau die Dummheit eines einfältigen Gatten verborgen oder die Brut eines Vorzuges befannt hat? Wir nehmen diese Lebenswürdigen unter uns und loben deshalb die Frauen; wir nennen diese angenehme Herrschaft Wahrheit. Eine gute Hausfrau ist notwendigerweise einflüsternd, und Cornelias Gatte stand unter dem Pantoffel wie Poliphax — nur auf eine andre Weise.

Durch diese Aufmerksamkeit sah sich der alte Willing Rowdon Crawley in einen äußerst glücklichen und unterwürigen Ehemann verwandelt. Seine früheren Genossen kannten ihn nicht mehr. Sie fragten ein paar Mal nach ihm in seinem Klub, vermochten ihn aber nicht zu sehen; denn in diesen Jahren auf dem Jahrmakr des Lebens vermischte die Leute einander selten. Seine stets lächelnde und muntere Frau, sein Kölnes, bezaubernde Poete, seine delikaten Mahlzeiten und zu Hause zugebrachten Abend hatten ihn den ganzen Jauber der Reue und des Geheimnisses. Die Heirat war bis jetzt weder vor der Welt erklärt, noch in der Morning-Post veröffentlicht worden. Alle seine Gläubiger würden in Wasse auf ihn eingestürzt sein, wenn sie gewußt hätten, daß er eine Frau ohne Vermögen genommen habe. Meine Verwandten werden nicht fünf über mich schreien, sagte Verlocken mit einem bitteren Lachen, und schickte sich vollkommen herein, zu warten, bis die alte Tante ausgeführt sein würde, ehe sie ihre Stellung in der Gesellschaft beanspruchte. So lebte sie in Wrompton und sah mittlerweile keinen Menschen, oder nur die wenigen männlichen Genossen ihres Gatten, welche in ihrem kleinen Zwickhammer Zutritt fanden. Diese waren alle von ihr bezauert. Die kleinen Dinners, das Kochen und Plaudern, und die darauf folgende Müll entzündete alle, die an diesen Genüssen teilnahmen. Major Martingale dachte nie daran, den der Trauungsalizen zu fragen. Kapitän Gingsbars war von der Gefährlichkeit, womit sie Vinsch machte, bezauert. Und der junge Leutnant Spatterdash (der gern Plaque spielte und den Crawley oft einführte) war noch länger Zeit offener in Frau Crawley verlockt. Aber ihre Unschuld und Zurückhaltung verlockte sie keinen Augenblick, und Crawleys Ruf als Feuerkrieger und eiferfüchtiger Krieger war ein weiteres, vollständiges Schandmittel für seine kleine Frau.

Es gibt in London Männer vom besten Blute, und der größten Beliebtheit, die nie das Empfangszimmer einer Dame betreten haben. Es gab zwar Harbden Crawleys Verlock in seiner Grafschaft, wo Frau Bute nachrichtlich die Nachricht verbreitet hatte, besprochen werden mochte; dieselbst jedoch in London bezweifelt oder nicht beachtet oder gar nicht besprochen wurde. Er lebte bravem auf Kredit. Er hatte ein großes Kapital von Schulden, die, verständlich angelegt, einen Menschen lange Jahre erhalten können und von denen es gewissen Modellen neigen, hundertmal besser zu leben, als selbst Leuten mit bösen Verbindungen. In der Tat, wer ist in den Straßen von London besonnen und kann nicht auf ein halbes Duzend Leute hinweisen, die in Gang an ihm vorbeiziehen, während er zu Fuß geht, in allen Zirkeln gesucht werden, vor deren Wangen die Gewerksleute sich flüchten, die sich nicht drücken und leben, wer weiß, warum? Wir sehen nach Thriffles, im Park reiten oder in seinem Wagon Ball Mall hinausfahren; wir essen seine Dinners auf seinem wunderwollen Silbergeschirre und fragen: Wo hat der angefangen, und wo wird er enden? — Mein lieber Junge, hörte ich nach einmal sagen, ich bin in jeder Hinsicht Geld schuldig. Das Ende muß dereinst kommen. Mittlerweile aber lebt nach so gut wie nie; die Leute sind froh genug, seine Hand zu schütteln, honorieren die kleinen bösen Geschichten, die von Zeit zu Zeit über ihn nellstert werden und nennen ihn einen gutmütigen, jovialen, sorglosen Kerl.

Die Wahrheit gewinnt uns zu bekennen, daß Rebekka einen Mann dieser Art geheiratet hatte. In seinem Hause war alles in Hülle vorhanden, nur kein bares Geld, dessen Mangel ihre Wirtschaft ziemlich früh kitzelte; und eines Morgens, als Rebekka die Zeitung las und an die Kasse kam: Leutnant G. Osborne wird durch Kauf Kapitän, für Smith, der in ein unbekanntes Regiment geht, machte er jene Bemerkung in Bezug auf Amalians Liebhaft, welche mit dem Besuche in Russell-Square enthielt.

Als Rowdon und seine Frau sich bei der Auktion mit Kapitän Osborn besprechen wollten, um nähere Nachrichten über die Katastrophe zu erhalten, welche Rebekkas alten Bekannten zugefallen war, war der Kapitän verschwunden, und alle Nachrichten, welche sie einzusammeln imstande waren, kamen von den Kapitänrätern oder Mäkten bei der Auktion.

„Sieh nur, wie sie mit ihren absonnerlichen, Kassen dastehen“, sagte Rebekka, als sie mit ihrem Bruder unter dem Arme in der besten Salone in den Wagon stieg. „Sie gleichen Geiern nach einer Schlacht.“ „Kann ich nicht sagen. Habe nie vor dem Feinde gestanden,“ sagte Frau Martingale, der war in Spanien Adjutant des Generals Blazes.

„Er war ein sehr alter Mann,“ sagte Rebekka. „Es dauerte mich wirklich, daß es ihm schlecht geht.“ „Der Wurfenmacher — Rankrotter — sind daran gewöhnt, weißt du,“ entgegnete Rowdon, mit der Peitsche eine Fliege von Ohre des Pferdes schlaugend.

„Ich wünschte, wir hätten etwas von dem Silbergeschirre kaufen können, Rowdon,“ fuhr seine Frau mit sentimentaler Stimme fort. „Unsindwanas Gineen war monströs teuer für das kleine Piano. Wir kauften es bei Proabwood für Amalians, als sie aus der Schule kam, es kostete damals nur Unsindwanas.“

„Die heißt er doch nicht, Osborn wird wohl den Kopf aus der Schlinge stecken, seit die Komik zum Ausdruck ist. Wie betrübte deine hübsche kleine Freundin sein wird, bei Verlocken?“

„Sie wird sich wohl wieder erholen,“ entgegnete Verlocken lächelnd, und sie führen weiter und sprachen von etwas anderem. (Fortsetzung folgt.)

Mullatuli.

Hundertfacher Geburtstag von Mullatuli, der am 2. März 1820 geboren wurde. Edward Douglas Kelly hieß und sich Mullatuli, d. h. der vieler erkläre nannte. Man kennt ihn zumeist als Dichter des Max Kawelaar. Davon zuerst. Es ist ein Buch der Menschlichkeit. Entstanden aus des Dichters Selbstaufopferung für eine Sache, wurde es mehr als nur ein Buch, — es wurde eine Tat. Es schloß die Ungarnherzigkeit Europas gegen die

Eingeborenen des indischen Archipels. „Nur“ die Zugrüberleitung von einigen Millionen Japanesen; die Gefelung erfahren und selbst Hand an sich legen mühten, weil es den holländischen Beamten nicht paßte, sie gegen ihre eigene Rücksicht zu schlingen.

Man lese die eigenen Worte Kawelaars am Schluß: „Das Buch ist bunt — es ist keine Gleichmäßigkeit darin — laßt nach Effekt — der Stil ist schlecht — der Schreiber ist unerfahren, dumm — seine Talente — seine Methode.“

„Und! gut! ganz einverstanden! — Aber: — Die Japanesen sind mißhandelt!“

„Und: Widerlegung der Hauptthesen des Werkes ist unmöglich! — Und wenn man mir Geduld verweigert? — Dann werde ich mein Buch in jene wenigen Sprachen überlegen, welche ich kenne — und in die vielen, die ich noch lernen kann, um in Europa zu erreichen, was ich im Niederlande nicht erreichen konnte.“

Dann sollen in allen Städten Lieder gesungen werden mit dem Refrain: Es liegt ein Raubhaat an der See, zwischen Ostfriesland und der Schelbel.

„Und wenn auch dies nichts hilft? — Dann werden ich noch mein Buch in das Malakische, Javanische und alle Eingeborenen Sprachen überlegen!“

„So der Notiz der Menschheit Kawelaar.“

„Und wie hat Niederland geantwortet? — Wie heute Mittel-europa auf ein ganz wahres Kriegsrecht Antwort geben würde.“

Ein andermal: Ich halte sehr viel von freier Arbeit, genau so wie von allem, was „frei“ ist. Aber vernennen muß ich, daß die Aufgabe sein soll, zu wählen zwischen den Ansichten, Kultursystem und freie Arbeit. Und ich verneine, daß Indien wird verloren gehen oder behalten bleiben durch eins der beiden angeführten Systeme. Dagegen behaupte ich, daß Indien für die Niederlande behalten bleiben muß, durch Menschlichkeit und Rechtschaffenheit. Man luche nicht in der Entfernung, was nahe liegt, nicht in der Tiefe, was auf den Händen liegt.

Es ist die Frage nicht — jetzt wenigstens nicht, später soll es vielleicht „die Frage“ werden — ob der Javane verpflichtet ist, Kaffee zu pflanzen, im Auftrage eines Beamten (Kulturbeamten) oder in Folge einer Hebererkrankung zwischen den Einzelnen und den indischen Fürsten, noch auch, ob er das tut aus freiem Willen. Die Frage ist vielmehr, ob er des Eigentums beraubt — oder für seine Arbeit bezahlt wird.

Was er im Namen der Menschlichkeit für Javans forderte, für den Arbeiter, — dazu trieb ihn in einem andern Fall sein eigen Herz. Nicht nur der Kaffeehändler Droogstapfel, in Firma Post u. Co., Raaijergrocht 17, war Menschlichkeitsfeind. Es gab noch andre. Ich brauche nur seine Sätze vom Juli 1870 anzuführen. „Kriegs-geld. Mehr als 10 Millionen Menschen machen sich heute bereit, einander zu zerreißen. Die Schloßpot werden Wunder tun, das Anbelagerung soll noch das Schloßpot überstreifen, die Mirallische beide beschämen. Das Korn steht auf dem Felde und wartet vergeblich auf die Sichel. Die jungen Mädchen warten! Die Mütter warten! Die Welt wartet! — Ich sehe Hunderte von Dörfern und Tausende von Soldaten an meine Wohnung vorbeiziehen. Und alles muß geschlachtet werden.“

Als einen der schlimmsten Krankheitsstoffe sah er die Drogen, die den kammelnben Salsoberspekt des Landes und seiner Kirche an So nahm er auch den Kampf an. Es ist nicht nötig, daran zu erinnern, daß in jeder Provinz ein Korps Söldner vorhanden sein mußte, und zwar genau in dem Verhältnis zu der männlichen Bevölkerung, und daß der Richter sich verpflichtet, nicht Opium zu verkaufen, wenn nicht der Käufer einen gottesschrecklichen Traktat dazu erwirkt.

Die Summe aus Muttatulis bitterem Leben steht Kampf. Kampf für das Recht des Menschen, Kampf gegen den Kriegswahnsinn, Kampf gegen die Drogen, die der frommen Herren Kaufleute im Niederlande.

Er hat nicht große Freude daran erlebt. Es ging ihm, wie es vielen bei uns geangenen ist. Aber er hat sich nicht betrunken lassen. Er kämpfte „vollständig und hoffnungslos und fast vpran.“

Es ging ein Edmann aus zu sein!

Als Dichter hat Muttatuli, der sein von Kämpfen und Mühen reiches Leben am 19. Februar 1887 in Nieder-Ingelheim endete, über sein holländisches Geburtsland hinaus für die Weltliteratur Geltung erworben. In seinen Wimmerrufen, den vielbändigen Aben, den Millionenbüchern hat er sein Herz, seinen Geist und seine satirische Kraft auf unvergängliche Art offenbart. Sein Erzählungsroman Die Geschichte des kleinen Walter und sein Drama Die Hertenkule sind in Deutschland, mehrfach überetzt, nächst dem Max Kawelaar am bekanntesten geworden.

Ein Dokument der Schande.

Was zu welchem Grade die wachsenden Rechtssozialisten umgeleitet haben, zeigt folgender Brief an das Leipziger Arbeiter-Bildungsinstitut:

In Beantwortung Ihres werthen Schreibens vom 26. d. M. müßten wir Ihnen erwidern, daß die jetzigen Verhältnisse es uns nicht gestatten, die Propaganda für Streiks durch Herausgabe des Bildes „Wann der Riese ruht“ zu unterstützen. Wir können daher weder die gewünschte Auflage herstellen, noch Ihnen das Reproduktionsrecht überlassen.

Dochachtungsvoll Buchhändler und Zeitungsverlag Gersch. u. Co. gest.: Rob. Mühlbrecht.

Es handelt sich um den Verlag des Dortmund- und rechtssozialistischen Blattes, das früher, unter dem Namen, in der vordersten Reihe der radikalen Parteipresse stand. Das Bild, von dem die Rede ist, zeigt die Menschengestalt eines ruhenden Arbeiters, hingestreckt über Eisenbahnen und Schiffe, alle Vorliebe lähmend. Dabei ist die Bedeutung des französischen Künstlers durchaus objektiv; es zeigt aufstrebendes Militär und Hausen von „Streikführern“, d. h. durch den Streik umgekommenen Proletariern. Das Bild erschien einige Zeit vor dem Kriege im Verlage des Dortmund- und rechtssozialistischen Blattes und wird jetzt von ihm verlegt und unterdrückt. Man sieht sich an den Kopf: Ein Kunstwerk, ein echtes proletarisches Kunstwerk von heute, die sich selber als Proletariat und Sozialisten bezeichnen, die erbärmliche Anzahl unterschlagen!

Wann werden die Sozialverräter endlich die Werke von Marx und Engels, von Bebel und Liebknecht einstampfen? Wann werden sie endlich die revolutionären Vorträge aus dem Buchhandel zurückziehen? Wenn diese Todfeinde des Proletariats noch lange wirtschaften dürfen, so werden sie Schiller und Heine, Herwegh und Freiligrath auf den Index setzen, das Wort Freiheit aus allen Lebenshöfen ausmerzen und den vormärzlichen Reaktionsären Denkmäler setzen. Wahrhaftig, so schlecht wie in den Händen dieser Revolutionshölzer war die Freiheit des Geistes und der Geist der Freiheit selbst in den Händen der Bourgeoisie nicht aufgehoben!

Zur Jugendweihe.

Obem steht vor der Tür. Gar mancher möchte einem Knaben oder einem Mädchen ein Buch als Schenkungsgegenstand mit auf den Lebensweg geben. Aber welches Buch soll er wählen? Es soll doch ein gutes Buch sein, und des Minderwertigen gibt es nur allzuviel. Nur zu oft verdirbt ein prunkvolles Reuerei die innere Vere. Wer sich bei der Auswahl helfen lassen will, dem bietet sich der Jugendschriftenausschuß des Leipziger Lehrervereins als Berater an. Er hat eine Liste empfehlenswerter Bücher aufgestellt, die sich als Geschenke zur Konfirmation eignen. K bedeutet Knaben, M Mädchen, die Preisangaben werden, da sich die Preise fast täglich ändern, nicht immer zuverlässig sein.

Gedichte.

- K u. M. Ötvenberg, Vom goldenen Ueberflut (Volgtländer) 4.20 M.
K u. M. Was die Zeiten reifen (Volgtländer) 4.20
M. Falte, Das Wäselin Immergrün (Schaffstein) 9.—
K u. M. Weiskamp, Aus goldener Zeit (Schneel) 4.80
K u. M. Buer, Wegesfahrten (Erdlin u. Laßlin) 6.80
K. Balladenbuch, Keltische Dichter (Dichters-Ged.-Stiftung) 7.20
K u. M. Avenarius, Hausbuch deutscher Lyrik (Callwey) 18.—
K. Avenarius, Balladenbuch (Callwey) 7 bis 15 M.
K u. M. Sillertuch (Dtsch. Dichter-Ged.-Stiftung) 3.60 M.
K u. M. Schillerbuch (Goldsteinverlag) 1.50
M. Goethe, Hermann und Dorothea (Hilfer) (Wigand) 1.—

Erzählungen.

- K u. M. Freitag, Jung und Jungfrauen (Strzel) 3.75
K u. M. Hauff, Richtenstein (Deutsche Bibliothek) 4.20
K u. M. Scheffel, Etchard (Hesse u. a.) 6 bis 12 M.
M. Schuren, Friedesins Lebenslauf (Warned) 10.20 M.
K u. M. Jahn, Helden des Alltags (Deutsche Berg-lagsbank) 9.80
M. Storm, Vole Poppenspäter (Rühl u. Co) 6.60
K. Storm, Der Schimmelreiter (Pactel, Reclam u. a.) 3 M. u. höher
K. Storm, Väter Wasch (Pactel, Reclam u. a.) 3
K. Sperl, Kinder ihrer Zeit (Deutsche Berg-lagsbank) 9.80 M.
K u. M. Spedmann, Feldlers Heimkehr (Warned) 7.20
M. Karud, Sidel Sangbrüchen (Werkeburaoer) 7.—
K. Rylander, Die Jungen auf Mesota (Werkeburaoer) 6.20
K. Ernst, Admus Sempers Jugendland (Stadmann) 10.60
K. Eyth, Hinter Pflug und Schraubstock (Deutsche Berg-lagsbank) 12.—
K. Ebner-Eschenbach, Das Gemeinbild (Pactel) 7.20
K u. M. Rosegger, Deutsches Geschichtenbuch (Stadmann) 6.—
K u. M. Rosegger, Waldjung (Stadmann) 7.50
K u. M. Rosegger, Waldheimat, Band 1 und 2 (Stadmann) je 10.25
K u. M. Reimigen, Erzählungen neuer deutscher Dichter (Spamer), je 5.80
K u. M. Porger, Schatzkammer moderner Erzähler (Welshagen u. Klasing) je 6.—
M. Geißler, Vom Baume des Lebens (Pahn) 6.—
K. Eyth, er Schneider von Elm (Deutsche Berg-lagsbank) 9.00

Lebensbeschreibungen.

- M. Bischoff, Amalie Dietrich (Grote) 10.—
M. Bischoff, Bilder aus meinem Leben (Grote) 10.—
K. Kühnel, Jugendgedenken eines alten Mannes (Hesse) 9.—

Sammelwerke.

- K u. M. Im Strom des Lebens (Dürr), je 14.40
K u. M. Corray, Gaben und Kränze (Meyer), 14.40

Kunstgaben.

- K u. M. Ludwig Richter, Volksausgabe, Bef. Lieb von der Glode (Hegel u. Schade), je 2.40
K u. M. Bildermappen fürs deutsche Haus, Bef. Schärer, Im Wanderschrift des Lebens (Stiftungsverlag), je 2.40
K u. M. Kunstgaben in Heftform, Bef. Vom eiland, Steinhäuser, Thoma, Uebe, Schwind, Kampf (Soal, nur antiquarisch).

- K u. M. Richter, Albrecht Dürer (München) 3.70

Belehrende Bücher.

- K u. M. Sorn Jehin, Von Pol zu Pol (Brochhaus), je 8.40
K. Ebbel, Nordwärts (Werkeburaoer) 6.25
K. Budde, Naturwissenschaftliche Plaudereien (Meiner) 9.00
K u. M. Sonnenkinder, Die Pflanzkinder im heimlichen Grund (Kosmos) 15.—
K. Forscherfreunden (Dürr) 5.25
K. Duesen, Der deutsche Wald. (Quelle u. Meyer) 8.50
K u. M. Förster, Lebenskunde (Meiner) 7.—
K u. M. Spanier, Das Thema und seine Kunst (Prestkopf u. Hartel) 3.10
K. Schredenbach, Luther (Weber) 24.—

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Die Aufführungen der neuen Oper Der türkische Garten von Alfred Szeindel müssen infolge kontraktlichen Uraufs von Alina Sanden zunächst unterbrochen werden. Die nächste Aufführung findet am Mittwoch, dem 17. März, als 4. Neuproduktion anlässlich der technischen Messe statt. Für die zweite Hälfte des März ist eine zusammenhängende Aufführung von Richard Wagner's Ring des Nibelungen in einer Woche in Aussicht genommen. — In der am 9. d. M. im Reuen Operetten-Theater stattfindenden Aufführung der Fledermaus gastiert für den im kommenden Sommer auscheidenden August Pösch auf Anstellung Kurt Bollram vom Landestheater Neustrelitz als Alfred.

Volksbühne. In der am Sonnabend stattfindenden Erstaufführung von Grillparzer's Medea wird die Titelrolle abwechselnd von Frau Steuermann-Meriel und Fräulein Dupont dargestellt. Den Jason spielen abwechselnd die Herren von Hilft und Tirmoser, den Herold die Herren Koch und Müller, die Kreusa die Damen Züfel-Krause und Angelika Housf. Den Kreon spielt Herr Rassen, die Chora Fräulein Leewe. Regie: Otto Stöckel. — Wegen Erkrankungen im Personal muß die für Donnerstag angesetzte Vorstellung von Gustav Hermanns heiterem Spiel Willehlm Buch an der Schindler bis auf weiteres verschoben werden.

Neues Theater.

Mittwoch, den 8. März 1920

Die Aufführung der Sommerferien...

Oper in 4 Akten nach dem Italienischen...

Donnerstag, den 4. März: 67. Kinematograph...

Altes Theater.

Mittwoch, den 8. März 1920

Die Wölfe.

Revolutionsdrama in 3 Akten von Maximilian...

Die Szene: Im Jahre 1700, in dem großen Saal...

Theater in der Eiferstraße

Mittwoch, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr

Die Arrrutschbahn.

Spielplan: Donnerstag, Freitag: Die Arrrutschbahn.

Krystall-Palast

Ab 1. März täglich abends 7 Uhr

Der erfolgreichste Hartstein-Schlager:

Der Stolz der 3. Kompanie

Verher Auitraten folgender Künstler:

Table with 2 columns: Name and Role. Includes Brüder Kühn, Schwester Berry, Meta Heim, Alex Siamer.

Blauer Saal Heitere Künstler-Abende

5 UHR-TEE

WEINPALAST EDEN

VERBUNDEN MIT EDEN-BAR

KÜCHE UND KELLER BIETEN DAS BESTE

LEIPZIG-EINGANG KURPRINZSTR. 2

Mittag und Abend Essen

Wahl nach der Karte

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig

Montag, den 14. März, in der Albarthalle

Instrumentalkonzert

ausgeführt von Professor Joseph Pembaur

Karten zum Preise von 3 Mark berechnen...

Leipziger Volkschor

Wegen einer unaufschiebbaren Gewandhausprobe...

Volkshaus

Morgen Donnerstag, ab 6 Uhr: Grosser Mess-Ball.

Herrliche Dekoration. Vorzügliche Musik.

III. volkstümliches Symphonie-Konzert

Richard Wagner-Abend

Direktion: Gustav Schütze.

Felsenkeller

Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr

die weltbekannte Veranstaltung der illustrierten Ballschau

Ballmusik: Leipzigs bestes Tanzorchester.

Ein wirklich sehenswerter Messbetrieb.

Sanssouci

Morgen Donnerstag ab 7 Uhr

II. grosser Mess-Ball

Neuer Gasthof Gohlis

Morgen Donnerstag ab 6 Uhr

Großer Meß-Ball

Neueste Tänze. Eleganter Damenflor.

Erstklassiges Kabarett

„Libelle“

Trokadero

Windmühlenstrasse 14

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle

Burstr. 22/24, gegenüb. d. Fähringer Kol.

Entferne Tätowierungen

ohne Stechen, ohne Schneiden...

Berren-Garderoben-Gans

Größte Auswahl billigste Preise

J. Kindermann

Neues Operetten-Theater.

Mittwoch, den 8. März 1920

Die Falschlinge.

Operette in 3 Akten von Dr. H. M. Müller...

Spielt in München: Der 1. Akt...

König einstudiert von Emma Grandona.

Leipziger Schauspielhaus.

Mittwoch, den 8. März 1920

Das Liebes auf Liebe.

Operette in 3 Akten von Hans...

Der erste und letzte Akt...

Einmal 7 Uhr.

Donnerstag, den 4. März...

Die Falschlinge...

Die Falschlinge...

Leipziger Volksbühne.

Mittwoch, den 8. März...

Die Falschlinge...

Einmal 7 Uhr.

Ein Sommernachtsstraum.

Einmal 7 Uhr.

„Krone und Fessel.“

Mittwoch, den 8. März...

Morgen und folgende Tage...

Marie-Bath

Anfang 1/8 Uhr.

Das grosse

Mess-Varieté-

Programm.

Attraktionen I. Ranges.

Vorverkauf: Tageskasse...

Drei Linden

Täglich abends 7 Uhr

unter der Kontrolle d. Leipz. Rennfahrerverbandes...

Radrennkonzurrenz...

Vorgaberrennen über 3000 m

Verfolgungsrennen über 3000 m

Grosser Drei Linden-Preis...

Oskar Huber

Kato und Parolina

Spin und Geo

2 Chris lass

Vorverkauf: Tageskasse...

Ratskeller Wahren

Ausflug des H. Goser Grenz...

Unbillige Bekanntmachungen.

500 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 2. März ist aus einem Laden in der Zeiger Straße gestohlen worden ein Pochen Herrenhüte und zwar: 1 Dgd. hellgelbe Belourthüte mit schw. Bande, 1 schwarze Belourthüte, 1 weißgelbe Haarhüte mit schw. Bande, 1 braune Wolllhüte, 1 graue Haarhüte, 2 Reparaturhüte, außerdem verschiedene Ostfächer. Auf Wiedererlangung der gestohlenen Hüte und Ermittlung des Diebes werden 500 Mark Belohnung ausgelegt.

Sachliche Mitteilungen erbittet schnellstens die Kriminalabteilung an Kr.-R. N. III, 751/20. Leipzig, den 2. März 1920.

Höchstpreise für Quark und Quarkkäse.

Mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums werden infolge der am 1. März 1920 in Sachsen eingetretenen Erhöhung der Milchpreise die in unserer Bekanntmachung vom 21. Januar 1920 über Höchstpreise für Quark und Quarkkäse bestimmten Höchstpreise wie folgt erhöht: 1. Speisequark mit einem Wassergehalt von höchstens 75 v. H. darf künftig beim Verkauf durch den Kleinhandl. an den Verbraucher mit 3,20 Mark für das Pfund abgeben werden. 2. Der Herstellerpreis für versandfähigen Quarkkäse wird auf 6,20 Mark für das Pfund

erhöht. Als versandfertig ist der Käse zu bezeichnen, der in der Mel e soweit fortgeschritten ist, daß er, ohne zu verderben, auch in der wärmeren Jahreszeit einen längeren Vahutransport auszuhalten vermag. Der Kleinhandelspreis für solchen Käse beträgt künftig 7,20 Mark für das Pfund.

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes über Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dez. 1914. Leipzig, den 2. März 1920. Ern.-R. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Die Vermietung von Mietwohnungen betr.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietrenten haben wir als Schiedsrichter nach § 13 der Ordnung, die Ver-

mietung von Mietwohnungen außerhalb der Gasthäuser betr., Herr Stadtmann Dr. Schubert und als seinen Stellvertreter Herr Stadtmann Dr. Müller benannt. Einer dieser Herren ist an den Wochentagen ständig im Neuen Rathaus in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags anzutreffen. C. 82.

Leipzig, am 20. Februar 1920. Der Rat der Stadt Leipzig.

Freitag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Elternversammlung im Ewigenpark, Leipzig-Stötteritz: Konfessionelle oder weltliche Schule. Referent: Herr Bezirksrat v. Sauertrat Plemann. Die Lehrerschaft von Stötteritz.

Zigaretten — Deutsche, englische, ägyptische, amerikanische und türkische preiswert Zigaretten-Großhdlg. Katharinenstr. 17.

Uhren Ketten, Schmucksachen Größte Auswahl. Billigste Preise. Gustav Kaniss 6 Tauchaer Strasse 6

Radfahrer! Achtung! Wir protokollieren alle abgelaufene Radreifen. Prima Gummilauffläche Reifen werden wie neu. Ein Versuch überzeugt. Keine Reifensorge mehr. Stets Lager in neuen Fahrrad-Docken und -Schlüsselchen. Preuss & Rauer Vulkanisier-Anstalt Leipzig-Anger — Tel. 60925 — Zwölfaenderer Str. 11.

Su einer Stunde vertilgen Sie gegen Läuse-Plage Garantiefchein jede auch Fleder laum Wanzen (Nissen) u. Miesch. u. Tieren mit meln. pat. gesetzl. Mittel, Eckold's. Für Hund. unschädli. I. Dtsch. Uogez. Vertilg.-Anst. Hl. Leipzig. Vert.: Spinnlerl. Schillerstr. 19. El. Telefonstr. 7. u. Kohl. Neuh. Hall. Str. 57. Ausschneiden.

Zeitung kg 1.25 Mk. Blätter kg 75 Pfg. Lumpen kg 1 Mk. Sektsflaschen St. 1 Mk. Rot- und Weißw. welsflaschen St. 75 Pfg. kauft und holt ab S. Steindreher, Südstr. 29, Hof. Telefon 31868. Kaufe Metalle nur gegen Ausweis.

Samen!! Sämtl. Gemüse- u. Blüten samen in nur best. u. feinstm. Qual. sow. Raffia-Wafr, Blumenstr. Insektenfanggürtel, Kaspium Obstbaum-Markolium usw. empfiehlt Hans Diebig, Samen- und Pflanzenhandl. Leipzig, Rosonnadustr. 8.

Platin Brillant-, Perlenschmud, Gold- und Silberwaren kauft zu höchsten Preisen F. B. Faber, Leipzig, Reichsstrasse 18/20.

Felle! Einkaufszentrale Weigler, Reisingstr. 18 1. Klage, geht Kanin bis 27 Mk. p. St. Ziegen 242, Hasen 25, Katzenfelle 50

Schafwolle bis 95 Mk. per Kilogramm ungew. 60 Mk. p. Kilogr. Füchse, Iltisse, Maulwürfe, Marder höchste Tagespreise

„Der Firn“ Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben: Heft 11 vom 1. März enthält u. a.: Minister-Anklagen: Die Revolutionsgeschichte eines Kohlenwerkes (Bubendorfer Kohlenwerke in Froburg) Einzelheft 1 Mk. (10 Pfg. Porto). Abonnementspreis der Zeitschrift vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mk. — Probenummer gratis. Der Firn-Verlag, Berlin W 57.

Patentanwaltsbüro Sack, Leipzig, Brühl 2.

Familien-Nachrichten Am Montagabend, dem 1. März entschlief kauft nach kurzer Krankheit im Krankenhaus St. Jakob meine liebe Frau, unsere Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin Martha Haustein geb. Deutrich. In tiefer Trauer Kurt Haustein und Sohn. Wilh. Deutrich und Frau. Familie Lina Haustein. Familie Limmer. Geschwister Deutrich. Blumenpenden nimmt an Pletzl, Wätkelstr. 28. Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 8 1/2 Uhr, von der Kapelle des Schiefriedhofes aus statt.

Frau Martha Kubusch geb. Ulbricht im 20 Lebensjahre. Dies zeigt im tiefsten Schmerz an Frau Modau, 8. März 20. Otto Kubusch und Sohn Brunerstraße 7, II. I. nebst allen Hinterbliebenen. Beerdigung findet Sonnabend, den 6. März, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

Sorgen erhalten wir die Kunde von dem Ableben unseres treuen Genossen Karl Ernst Dietrich Die Partei verliert in demselben einen bewährten Kämpfer, der Jahrzehnte seine ganze Kraft für die Interessen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellte und auch die verschiedensten Vertrauensämter verwaltete. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Der Hauptvorstand d. U. S. P. D. Groß-Leipzig. Der Bezirksvorstand d. U. S. P. Bezirk Leipzig.

Dank. Für die überaus herzliche Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester, Fräulein Emma Kuhnt sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freundinnen unsern herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir den lieben Hausbewohnern für den reichlichen Blumenbesuch und Begleitung zur letzten Ruhe. Dir aber, liebe Emma, rufen wir ein „Ruhe sanft!“ in Dein allzufrühes Grab nach. Leipzig-Kleinbocker, den 2. März 1920. Die schwergeprüften Eltern Max Kuhnt und Frau nebst Kindern und allen Hinterbliebenen

Statt Karten. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste meiner lieben Frau, unsern unvergesslichen, treuergebenden Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Anna Marie Schulze geb. Gerlach im 49. Lebensjahre, sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den lieben Hausbewohnern herzlichsten Dank. Innigen Dank Herrn Harzer Hager für seine zu Herzen gehenden Worte am Grabe sowie Herrn Kantor Matthal nebst Schützlingen für den erhebenden Trauergefang. Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft!“ in Dein allzufrühes Grab nach. Engelsdorf, den 1. März 1920. Der tieftrauernde Gatte nebst Kindern. Im Grab ist Ruhe, und bleibt der Schmerz. So leb dem wohl, geliebtes Herz.

Dank. Für die vielen Beweise der Anteilnahme, Liebe und Berehrung beim Ableben meines unversorglichen Mannes, meines lieben Vaters unseres Sohnes Otto Schreiber vermögen wir nur auf diesem Wege allen unsern tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Wahren, 2. März 20. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung der Frau Minna Köhler findet den 4. 8. nachm. 1/2 Uhr, von der Kapelle des Silberhofes aus statt.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt Ankerwickler. Ein mit der Ankerwickel von Kleinmotoren und Klein-Dynamos durchwegs vertrauter Fachmann, der auch in der Lage ist, unechte Teile anzufertigen, gesucht von Wilhelm Morall, Leipzig, Wpstr. 4. Meld. Facharbeitsnachw. der Metallindustrie, Erdmühlring 1.

Kegel-Aufsteller für Wochentagsabends sofort gesucht. Neuer Gasthof Gohlis. Lokalbeamter. Die Filiale Leipzig des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäscherarbeiten sucht zum sofortigen Antritt einen Beitragsnehmer Bewerber müssen 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein und das Kassierenwesen gut beherrschen. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Hamburger Verbandstages und den üblichen Zulagen. Bewerbungsverfahren sind bis 7 März zu richten an Robert Janke, Volkshaus, Mittelportal 17. Zimmer 47.

Flaschensortierer zur Leitung einer Flaschenhandlung. Offerten unter Fl. K. 1217 an Rud. Mosse, Leipzig. Lehrling in Salouise-Fabrik gesucht. Gohlis, Schöcherstr. 11.

Flaschensortierer zur Leitung einer Flaschenhandlung. Offerten unter Fl. K. 1217 an Rud. Mosse, Leipzig. Lehrling in Salouise-Fabrik gesucht. Gohlis, Schöcherstr. 11.

Perfekte, eigenständige Adlerstickerin sowie einige geübte Blausennäherinnen ins Haus für sofort gesucht. Blausenfabrik E. Stabenau, Brantfurter Str. 6. Für die Reinigung meiner Kontorräume suche ich sofort 1 od. 2 ordentliche, saubere Frauen gegen gute Entschädigung. Zu melden bei Alex Blauke, Chemiefabrik, Albrechtstr. 46, II.

Sauberes Dienstmädchen zu sofortigem Antritt gesucht. Böhlitz-Ehrenberg, Kuenstr. 98. Feld. Schutzmädchen, f. nachm. II. H. ad. ad. Lindenauer Str. 51, III.

Frau sucht Beschäftigung irgend welcher Art. Krandsstr. 82, II. I., Rehdorn. Verhäufe Hausgrundstück m. Lad. od. Niederlage zu verk. zu ertr. 1.700 Mk. Marktstraße, Albrechtstr. 18, I. I. Speisemöbren La Rauch-Zabaf R. Hofmann, Leipzig-Borsdorf, Dillbergstr. 44.

Gartenland guter Boden, in Leipziger Flur (Klein. Adolph) von 1500 qm und mehr zum Preise von 2.— bis 2,25 Mk. pro qm unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Architekt Walther Krüger, Kapellenstr. 11 (Tel. 60000) und Gottschling, Kleinbocker, Ringstr. 24 (Nepertische Häuser.)

Achtung! Rot. Frotté Kost. 55 Mk., Gr. 40-42 Co. Gustav-Freytag-Str. 47, pt. r. Sew. Konf. Kleid. 2 gestr. Knabenanzüge od. Tändchenwe. 58 I. 1. P. n. H. -Schuh 41, u. Maß, Mil. Schuh 26 1/2, Niedermannstr. 28, I. I. H. Tanzschuhe (Leder), schm. Fuß, Gr. 35 u. 38 für je 50 Mk., u. of. Co. Gustav-Freytag-Str. 37, pt. r.

Verkauf: Gutavon Smoking, Frack, Gehrock, Jacketanzüge, gestr. Hof. Arb.-Hof., neu, schmal, el. Gesecktsstoff, reines Ang. Stoffe, bl. Chev.-Stoff, Kn.-St. u. Da-Koll., Federbett, u. Sch.-Schuhe 42, Mahard., feid. III. Gut 5-9, neu, schmal, Herr.-S. 50, 57. Windmühlent. 32, Sa. A. IV. 1. Eleg. Paletot, Gr. 1, 50 m bill. u. of. Ann. Kockhachstr. 11. Dnti. Somm.-Paletot u. groß. Namtschappen Spielwaren, bewegliche Papp-Fig., wohnbil. Schröder, Waa., Korffstr. 10, I. 2 Jackott-Anzüge, II. u. mit. Natur. Wochentagsstr. 89, II. 3 Anzüge guterrh., verkauft. Lange Str. 10, I. Konfirm.-Kost.-Weste u. neuer Hut u. of. Umburgstr. 27, pt. r.

Bess. Sofa, Stühle, Chaisel., Uhr, Waschtisch Warm-, Sofatisch, Schreibtisch u. Holz. Str. 10, I. Chaiselongue neu und billig. Secburgr. 84, I. r. 8teilige Küche, wie neu, billig zu verk. Zeiger Straße 88, II. I. Kommode, Vertiko, Tisch, Sofa. Reudnitz, Oststr. 35, Dnterb. Schlafzimmer — Küchen u. of. billig. Reudn., Köpferstr. 23. * Schreibpult, Kontortisch mit Stahl, 2 Kaplochenställe zu verk. Bayerische Str. 88, End.

Stegol. Grnt-Mien-St. 5, I. 1. 100 tön. Bandoneon vert. vor 5 Uhr an. Köpferstr. 81, IV. 80 tön. Bandon u. gth. Küchen-schrank. El., Hähnelstr. 23, III. Besichtigen Sie das reichhaltige Lager in bekannter Qualität u. Preislage des Spezialgeschäftes für Rein-Aluminium-Kochgeschirre. D. Möllnitz, Leipzig, Liebigstraße 1, Ecke Windmühlentr.

Möbel moderne Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer Salons Küchen Gediegene Arbeit solide Preise Josef Hirsch Zeitzer Straße 6b.

